

1/2012

hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAG THÜRINGEN

HALBZEIT

DIE GRÜNE BILANZ

Glaubwürdigkeit zahlt sich aus

Bitte wenden.



Unsere Fraktion im Thüringer Landtag: (v.l.n.r.) Dr. Frank Augsten, Dirk Adams, Jennifer Schubert, Astrid Rothe-Beinlich, Anja Siegesmund und Carsten Meyer

INHALT

Editorial	3
Haushalt und Finanzen	4
Umwelt und Landwirtschaft.	6
Bildung, Wissenschaft und Kultur	8
Bau, Landesentwicklung und Verkehr	10
Soziales, Arbeit und Gesundheit.	12
Innen und Wirtschaft.	14
Energie	16
Parlamentikon	18

Impressum



hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Landtagsfraktion Thüringen
 Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
 Telefon 0361- 3772670
 E-Mail info@gruene-fraktion.thueringen.de
 Internet www.gruene-fraktion.thueringen.de
 V.i.S.d.P.: Oliver Will, Text- und Bildredaktion: Theresa Junge

Satz: Werbeagentur Kleine Arche GmbH, Erfurt

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampzzwecken verwendet werden.
 Wir nutzen ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung
 von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder
 Widersprüche an: datenschutz@gruene-fraktion.thueringen.de



Liebe Leserin und lieber Leser,

es ist schon ein wenig her, als es im September 2009 hieß: „Die Neuen sind da.“ Die „Neuen“, das waren wir. Und ein bisschen sind wir es auch noch – endlich wieder im Thüringer Parlament zu finden, im Abgeordnetenhaus im Erdgeschoss, gleich links.

Wir Grünen sind da und damit wurde es im Landtag nach müden 15 Jahren mit nur drei Parteien im Parlament bunter und lauter. Unsere Türen stehen immer offen, wir zeigen verschiedene (gern auch provokative) Kunstprojekte und führen lebendige Gespräche. Debattiert wird auf dem grünen Fraktionsflur ebenso wie in der wöchentlichen Fraktionssitzung, den Arbeitskreisen oder in den

Ausschüssen. In letzteren leider nicht öffentlich, was wir, die Transparenz in der Politik für einen Schlüssel zu mehr Akzeptanz demokratischer Entscheidungsprozesse halten, einfordern. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger so weit wie möglich einbeziehen. Das ist unser grünes Erfolgsrezept, mit dem wir inzwischen in allen 16 Länderparlamenten arbeiten.

Wir haben viel vor, selbst als kleine Fraktion, die von den Journalisten mitunter „sixpack“ genannt wird. Uns gelingt zu sechst, wovon eine schwarz-rote Landesregierung nur träumen kann: Wir haben das Zeug und das Know-how für eine echte Energiewende in Thüringen. Wir haben Ideen für bessere Bildungschancen und fordern diese auch mit allen Mitteln ein. Wir haben Konzepte für die sozial-ökologische Wende in Thüringen und bieten gleichzeitig eine verlässliche Finanzierung der Kommunen. Wir nutzen jeden Tag, um unsere Konzepte fortzuentwickeln und unseren Markenkern zu stärken.

Es muss eine grundsätzliche Wende im Denken, Wirtschaften und Organisieren geben – auch in Thüringen. Eine Wende zur Nachhaltigkeit, eine Wende weg von der Wachstumsgläubigkeit, eine Wende hin zu einem lebenswerten Thüringen, in dem wir uns auf die Stärken unserer Regionen besinnen und aufhören, auf Kosten der kommenden Generationen zu leben. Das heißt, dass die Versäumnisse einer jahrzehntelang fehlgesteuerten Politik aufgearbeitet und neue Potenziale gehoben werden müssen.

Nichts wird uns in den kommenden Jahren so herausfordern, wie die prekäre finanzielle Situation des Freistaates. Wir sitzen in der Schuldenfalle. Nur ein kluger Kurs der Konsolidierung, der trotzdem auf Zukunftsinvestitionen setzt, wird den finanziellen Handlungsspielraum des Landes wieder erweitern.

Daneben muss Thüringen dringend sein Image als Hochburg des Rechtsextremismus überwinden. Der Untersuchungsausschuss ist ein erster Schritt. Es muss jetzt eine transparente und lückenlose Aufklärung unter der Leitung des Parlamentes geben. Dabei müssen die Entwicklungen der rechtsextremen Szene, ihre Straftaten und die Entstehung des rechten Terrornetzwerkes ebenso untersucht werden wie mögliches Fehlverhalten der Thüringer Behörden. Wir brauchen aber auch die stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft, nicht zuletzt durch ein echtes Landesprogramm gegen Rechts.

Wir sind mit dem Motto in den Landtag eingezogen, für frischen Wind zu sorgen. Ob uns das wirklich gelungen ist, das dürfen Sie entscheiden, nachdem Sie unsere Halbzeitbilanz gelesen haben. Haben Sie Fragen oder Anregungen zu unserer Arbeit? Nur zu! Wir freuen uns auf Nachricht und noch mehr, wenn Sie uns besuchen. Unsere Türen stehen offen.

Ihre
Anja Siegesmund,
Fraktionsvorsitzende

Von zwei Seiten betrachten...

...kann man die Halbzeit-Ausgabe unserer Fraktionszeitung „hinterGRÜNde“. Wir wollen die Halbzeitbilanz der Thüringer Regierung kritisch beleuchten und unsere grüne Arbeit im Parlament gleich mit.

Nach Fachbereichen gegliedert...

...ziehen wir die Halbzeitbilanz der 5. Legislaturperiode. Neben einem Überblickstext ergänzen zwei Infoboxen den Blick auf den jeweiligen Fachbereich: Was haben wir u.a. noch in dieser Legislatur vor (RAUM FÜR IDEEN) und mit welchen beispielhaften parlamentarischen Initiativen haben wir Thüringen bereits unseren grünen Stempel aufgedrückt (GRÜN IM PARLAMENT). Dabei bedeutet die Abkürzung „Drs.“ Drucksache und bezieht sich auf die im Landtag vergebene eindeutige Drucksachennummer zur entsprechenden Initiative.

Noch mehr Infos gibt es...

...wenn man den Grünlinks
(<http://gruenlink.de/7di>) folgt



oder die QR-Codes
mit einem Smart-
phone einscann.

Und im Netz bieten wir unsere
Halbzeitbilanz auch in digitaler
Form als pdf-Datei an:
www.thueringen-hintergruen.de

HAUSHALT UND FINANZEN

Ein Start von null auf hundert

Es war wahrscheinlich der Bereich, dem wir nach dem Einzug in den Landtag mit dem meisten Respekt begegnet sind: Der Landeshaushalt mit seinen 14 Büchern und tausenden von Zahlen. Gleich zum Ende des Jahres 2009 musste dieses Werk „gefressen“ werden und im Nachhinein können wir feststellen, dass uns dies bereits beim ersten Haushalt mit einer grünen Opposition seit 1994 gut gelungen ist. Dabei kam vielen in der Fraktion ihre Erfahrung mit kommunalen Zahlenwerken sehr zugute. Allerdings waren die Summen nun oft zwei oder sogar drei Stellen größer als gewohnt und nicht jede „versteckte Sparbüchse“ haben wir sofort gefunden. Aber viele eben doch, denn es war offensichtlich, dass es reichlich Haushaltsstellen gab, die den Reformstau und die Veränderungsunwilligkeit der CDU mehr als deutlich zeigten.

Das Ziel für den Haushalt 2011 war, einen festen Ablauf für die Haushaltsberatungen zu entwickeln, denn eigentlich ist ja das ganze Jahr Haushaltsberatung. Das geht los mit den Jahresrechnungen aus Vorjahren, aus denen man mit viel Fleiß so einiges an Fehlsteuerung herauslesen kann. Dann gibt es immer interessante Rechnungshofberichte zu studieren. Da wir ja nun unser Team an Mitarbeitenden gefunden hatten, konnten wir in die Einzelheiten einsteigen. Am Ende des Jahres 2010 gab es turbulente Haushaltsberatungen. Mit mehreren hundert Änderungsanträgen wollten wir darauf aufmerksam machen, dass dringender Bedarf an einer schärferen Ausgabenkontrolle besteht – natürlich ohne dabei die Daseinsvorsorge zu gefährden. Und wir haben als Einnahmemöglichkeit vorgeschlagen, die Grunderwerbssteuer von 3,5 auf fünf Prozent zu erhöhen.

Zugestimmt hat die Koalition diesem Vorschlag allerdings erst, als er sechs Wochen später von den LINKEN ins Parlament eingebracht wurde. Manchmal dauert es mit den Einsichten einfach länger! Eine nachdrückliche Lehrstunde in Realpolitik. Und noch einen Aufreger hielt der Jahreswechsel 2010/11 bereit: Nur eine Woche nach den Haushaltsberatungen beschloss die Regierung, ohne Beachtung der Informationspflichten an das Parlament, das sogenannte Applikationszentrum Ilmenau an die Technische Universität zu verkaufen. Wir haben diesen Verkauf inhaltlich begrüßt, aber die Art und Weise des Verkaufs am Parlament vorbei war nicht nur eine mutwillige Machtdemonstration, sondern der hilflose Versuch, zusammengestoppelte Haushalte notdürftig im Gleichgewicht zu halten. Wir haben darauf reagiert, wie es in einer Demokratie üblich ist und Organklage vor dem Thüringer Verfassungsgericht in Weimar eingelegt.

Ohne Schulden, aber auch ohne Ziel

Der aktuelle Haushalt hat uns dann vor neue Herausforderungen gestellt, denn er konnte aufgrund der guten Konjunktur in 2011 ohne neue Schulden vorgelegt werden. Damit ist das Beste aber schon gesagt, denn erreicht wurde dies vor allem durch das Streichen von vielen – teilweise sinnvollen – Baumaßnahmen, durch kurzfristige Kürzung bei den Unterhaltungen der Landesliegenschaften und durch die mehr als schlecht kommunizierte Kürzung beim kommunalen Finanzausgleich. Dies gab uns aber die Gelegenheit, strukturell an die Haushaltssanierung heranzugehen.

„Doppelte Rendite“ eingefordert

Was klingt wie ein Werbeversprechen, meint in unserem Verständnis aber etwas ganz anderes: In den nächsten Jahren werden die Einnahmen unabhängig von der Wirtschaftslage jährlich um zirka 150 Millionen Euro sinken. Hier müssen auf Bundesebene Entscheidungen getroffen werden, etwa für eine Vermögensabgabe oder höhere Erbschaftssteuern. Nur wird es trotzdem wohl nicht ohne Ausgabenkürzungen auch im Landeshaushalt gehen, es ist ja schon vom Wegfall von über 10.000 Personalstellen die Rede. Und dabei muss dann für uns sichergestellt werden, dass Kürzungen nicht nur eine „Rendite“ erbringen, indem sie helfen durch ersparte Kredite die Zinsbelastung zu senken. Sondern sie müssen dazu beitragen, im Jahr 2020 nicht nur ohne Schulden auszukommen, sondern auch die ökologische Wende in Thüringen eingeleitet zu haben und dabei weiterhin die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse einer weniger und älter werdenden Bevölkerung zu befriedigen. Ein Beispiel vielleicht? Wenn 2012 die Sanierung eines Verwal-



Carsten Meyer

Sprecher für Haushalt und Finanzen, Medien sowie Bundes-, Justiz- und Europaangelegenheiten



Carsten Meyer (r.) diskutiert zum Thema „Geld regiert die Welt – doch wer regiert das Geld?“ beim grünen Salon der Nachhaltigkeit in Weimar

tungsgebäudes, das noch für lange Zeit benötigt wird, eine Einsparung von zum Beispiel acht Prozent bei den Betriebskosten und natürlich beim Verbrauch von Gas oder Kohle ermöglicht, dann ist es nicht sinnvoll, diese zu unterlassen, um die Zinsen von etwa vier Prozent für den dafür nötigen Kredit zu sparen. Aber leider hat die Landesregierung für eine solche Sichtweise noch nicht einmal die einfachsten Voraussetzungen. Denn welche Gebäude noch gebraucht werden, hängt natürlich von den Nutzungen ab und hier versucht seit fast zwei Jahren eine so genannte „Strukturkommission“ Antworten zu finden, ohne einem Ministerium oder einer der regierenden Parteien weh zu tun.

Was heißt dies nun für uns?

Wir wollen klarmachen, dass der Landeshaushalt nur das Abbild der Landespolitik in Zahlen ist, nicht weniger, aber auch nicht mehr.

GRÜN IM PARLAMENT

Eine Auswahl parlamentarischer Initiativen:

Der erste Gesetzentwurf, den unsere Fraktion im Mai 2010 in den Landtag einbrachte, war ein Vorschlag zur Änderung des Ministergesetzes (Drs. 5/980). Ziel war es, die Privilegien der Ministerinnen und Minister bei Sonderleistungen sowie bei den Versorgungsleistungen abzuschaffen und diese auf das allgemeine Niveau des öffentlichen Dienstes abzusenken. Diesem Ziel diente auch ein weiterer Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 5/3398).

Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die kommunalen Wahlbeamten (Drs. 5/2980) sah insbesondere vor, Versorgungsleistungen aus dem

Amt erst mit Eintritt in das Rentenalter zu gewähren. Trotz großer Sympathie, auch unter Abgeordneten der Regierungsfractionen, setzten sich die konservativen Innenpolitiker von Schwarz-Rot durch. Unser Antrag wurde abgelehnt.

Beim Thüringer Verfassungsgerichtshof hat unsere Fraktion zudem ein Organstreitverfahren angestrengt, in dem festgestellt werden soll, dass die Landesregierung und der Finanzminister bei einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 9,3 Millionen Euro das Haushaltsrecht des Parlaments missachtet und damit gegen die Verfassung verstoßen haben.

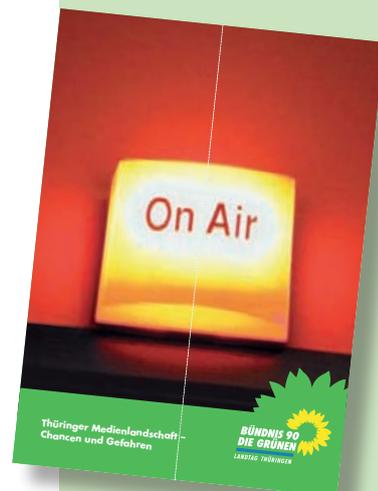
EUROPA ist mehr als Schuldenkrise

„Schweigen reicht nicht aus“, so begründeten die Karlsruher Richter ihr Urteil zum Lissabonvertrag mit Blick auf die Rolle der Parlamente bei der Europäischen Integration. Wir wollen europapolitische Entscheidungen – gerade auch in Zeiten der Krise – öffentlich debattieren und deutlicher benennen, wer wofür verantwortlich ist. Demokratie braucht Öffentlichkeit, auch die europäische. Wir Grüne wollen die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, an der politischen Willensbildung teilzunehmen und mit ihrer Stimme gute oder schlechte Europapolitik zu sanktionieren. Dazu hat unsere bündnisgrüne Landtagsfraktion in den vergangenen zwei Jahren mehrere Veranstaltungen organisiert, um brisante Themen wie die Eurokrise, die Europäische Migrationspolitik oder auch das neue Instrument der Europäischen Bürgerinitiative vor Ort zu diskutieren.

In den kommenden Monaten wird die anstehende Reform der Kohäsions- und Strukturpolitik im Fokus stehen, die für Thüringen direkte finanzielle Auswirkungen hat.

Ziel unserer Europapolitik ist es, **die EU nachhaltig im Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger zu verankern** und die Zustimmung für das Projekt Europa zu stärken. Dazu beteiligen wir uns aktiv daran, die Diskussion im neu gebildeten Europa-Ausschuss des Landtages zu strukturieren und sind im Gespräch mit unseren Freundinnen und Freunden in den anderen ostdeutschen Ländern, um Synergieeffekte besser zu nutzen.

→ Europa
gruenlink.de/759



Faltblatt:
Thüringer Medienlandschaft

Weiterführende Infos:



→ Haushalt
und Finanzen
gruenlink.de/446



→ Justizpolitik
gruenlink.de/750



→ Medienpolitik
gruenlink.de/75g

UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT

Grüner Kern

Umwelt- und Naturschutz gehören zu den Kernkompetenzen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es ist nicht zuletzt unserem Engagement für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und dem Erhalt der Artenvielfalt in den vergangenen Jahren zu verdanken, dass wir nach 15 Jahren außerparlamentarischer Arbeit 2009 erneut in den Thüringer Landtag einziehen konnten. Gleichzeitig kann der Einzug in das Landesparlament auch als Ausdruck dafür gewertet werden, dass Natur- und Artenschutz den Bürgerinnen und Bürgern immer wichtiger wird. Neben dem kritischen Begleiten von Initiativen und Gesetzesentwürfen der Landesregierung wie der Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitsstrategie setzen wir bei der parlamentarischen Arbeit eigene Themen. Schließlich verbinden nicht wenige umweltbewusste Bürgerinnen und Bürger mit der neuen grünen Landtagsfraktion die Hoffnung, dass ihre Probleme vor Ort von der Politik endlich ernst genommen werden. Regional bedeutsame Projekte, mit denen sich die Fraktion in den vergangenen beiden Jahren intensiv beschäftigte, waren vor allem die Salzeinleitung in die Werra durch die Kali & Salz AG, die Umweltprobleme im Zusammenhang mit der Sanierung der Wismut in Ronneburg und Umgebung, aber auch das Engagement um naturschutzfachlich wertvolle Flächen wie den Südharz und die Biosphärenreservate Rhön und Vessertal, bei denen es Diskussionen um notwendige Erweiterungen gibt.

Wir sind verlässlich

Auf unsere Unterstützung konnten sich auch zahlreiche Bürgerinitiativen verlassen. An vielen Orten in Thüringen kämpfen Bürgerinnen und Bürger um den Anschluss ihrer Gemeinden an eine Abwasserabfertigung. Nach wie vor ist der Anschlussgrad in ländlichen Gebieten schlecht und gefährdet unsere Gewässer und das Grundwasser.

Ein anderes Umweltproblem, das die Menschen vor Ort beschäftigt, ist der Umgang mit Abfall. Das Gebiet der ehemaligen DDR wurde nach der Wiedervereinigung offensichtlich als „wilde Müllkippe“ für zum Teil hochgefährliche Stoffe aus aller Herren Länder missbraucht. Dass der Weg vom Naturschutz zur Forst- und Landwirtschaft in Thüringen nur ein kurzer ist, liegt nicht nur am Ministerium, das alle drei Bereiche unter einem Dach vereint. Vielmehr sind die Forst- und Agrarbetriebe in hohem Maße gleichzeitig Problem und Lösung bei dringenden Umweltproblemen. Wobei unsere Arbeit im Forstbereich deshalb um einiges einfacher ist als in der Landwirtschaft, weil der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD durchaus ambitionierte Ziele nennt, die es nun gegen die Interessen der holznutzenden Industrie zu verteidigen gilt. Inwieweit die neu gegründete Forstanstalt, deren Werden uns in den letzten beiden Jahren sehr in Anspruch genommen hat und die wir aus fachlichen Gründen ablehnen, die Koalitionsvereinbarung umsetzt, kann heute noch nicht abgeschätzt werden.

Ein Landtag – unterschiedliche Welten

Zwischen uns und der Regierung liegen Welten bei den Vorstellungen zu einer umweltgerechten, nachhaltigen und zukunftsfähigen Landwirtschaft. Es ist aus unserer Sicht völlig unerklärlich, wieso sich das Landwirtschaftsministerium die Argumentation des Landesbauernverbandes zu eigen macht und glaubt, in Thüringen mit Riesenställen den Selbstversorgungsgrad, beispielsweise bei Schweinefleisch, steigern zu können. Ein Blick ins Land, vor allem in die Niedrigertragsstandorte genügt, um zu sehen: Intensivtierhaltungsanlagen mit mehreren zehntausenden von Tieren lösen keine Importe ab, sondern zerstören kleinere, tiergerechtere Strukturen vor allem in den benachteiligten Gebieten, die auf landwirtschaftliche Tierhaltung angewiesen sind.

Wie CDU und SPD so die im Koalitionsvertrag postulierte flächendeckende Landwirtschaft im Freistaat bewerkstelligen wollen, bleibt wohl ihr Geheimnis. Ebenso verhält es sich bei der aktuellen Diskussion um die Ausgestaltung der EU-Agrarförderung in der neuen Förderperiode 2014 bis 2020. CDU und SPD wollen am Status quo festhalten und vergeben so eine große Chance der Mitgestaltung. Aber es gibt bei unserem agrarpolitischen Engagement auch Erfolge zu vermelden: Die ursprüngliche Aussetzung der Umstellungsförderung auf ökologischen Landbau musste das Landwirtschaftsministerium zurücknehmen, nachdem Umweltverbände und auch wir Grüne dagegen mobil gemacht haben.



Dr. Frank Augsten

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz, Gentechnik sowie Gleichstellung

Dr. Frank Augsten (Mitte) bei der abschließenden Diskussion zur grünen Klimakonferenz 2011



GRÜN IM PARLAMENT

Eine Auswahl parlamentarischer Initiativen:

Wir haben mehrere Anträge zum Schutz der Werra parteiübergreifend eingebracht und verabschiedet (Drs. 5/1030 und Drs. 5/1029).

Unsere Fraktion hat eigene Änderungsvorschläge zum Gesetz zur Reform der Forstverwaltung in das parlamentarische Verfahren eingebracht.

Den Uranabbau in der DDR und seine Folgen haben wir in einer Großen Anfrage zur Sanierung der Wismut-Altlasten in Thüringen thematisiert (Drs. 5/1850, Antwort Drs. 5/2821).

Wir haben einen Antrag gestellt, das „Grüne Band“ als „Nationales Naturmonument“ auszuweisen (Drs. 5/2279).

Unser Engagement gegen den Einsatz von Gentechnik haben wir mit der Vorlage mehrerer Initiativen gegen den Anbau gentechnisch veränderter Organismen unterstrichen (Drs. 5/332 und Drs. 5/1010).

Einen Antrag zur nachhaltigen Biomassenutzung verabschiedet (Drs. 5/ 2954).

Die Förderung des ökologischen Landbaus in Thüringen im Plenum behandelt (Drs. 5/ 2410); über eine zukunftsfähige und nachhaltige Landwirtschaft wurde wegen uns im Thüringer Landtag mehrfach diskutiert (Drs. 5/2512 und Drs. 5/3946).

Zu der Entwicklung und den Perspektiven des ländlichen Raums haben wir bei der Landesregierung eine Große Anfrage gestellt (Drs. 5/ 2484, Antwort Drs. 5/ 3220).

Wir setzen uns dafür ein, den Flächenverbrauch effektiv zu reduzieren (Drs. 5/1523).



Faltblatt:
Grüner leben – Du bist,
was du isst!

Dr. Frank Augsten bei MDR
„Fakt ist ...!“ zum Thema
Dioxin

RAUM FÜR IDEEN – KONZEPTE FÜR THÜRINGEN

Wir organisieren den **Widerstand gegen den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Land- und Ernährungswirtschaft**. Auch wenn sich die Thüringer Landesregierung nach außen als ausgesprochen gentechnikkritisch zeigt, gab und gibt es für uns viel zu tun. Zum einen konnten wir durch entsprechende parlamentarische Initiativen zeigen, dass der gentechnikkritische Kurs von Sozialministerin Taubert eher theoretischer Natur ist und die beiden Regierungsfractionen uns ihre Zustimmung verweigern, wenn es konkret wird. Zum anderen haben wir nach dem Motto „Wehret den Anfängen“ ein grünes gentechnikritisches Netzwerk aufgebaut, das die Kreisverbände, Wahlkreisbüros und die Fraktionen in den Kommunen und Kreistagen miteinander verbindet. Und nicht zuletzt gibt die Landtagsfraktion sechs Mal im Jahr einen Gentechnik-Newsletter heraus. Getreu unserem Leitbild, dem ökologischen Landbau, unterstützen wir den Widerstand gegen die industrielle Intensivtierhaltung vor allem

bei Schweinen und Geflügel. Wir wollen die Thüringer Landwirtschaft nach dem Motto „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ neu ausrichten und zukunftsfähig aufstellen. Dazu wollen wir **ein grünes Landwirtschaftskonzept entwickeln**.

Wir machen uns dafür stark, dass der ländliche Raum nicht auf der Strecke bleibt. Viele unserer Zukunftskonzepte bieten in besonderem Maße **Lösungen für die Thüringer Dörfer und kleinen Städte**: Mobilität, Bildung, Kultur und Daseinsfürsorge und nicht zuletzt die dringend benötigten Arbeitsplätze – auch für gut ausgebildete junge Frauen und Männer – die wir im Umbau der Energieversorgung hin zu den erneuerbaren Energien sehen. Wir werden die Novelle des Thüringer Naturschutzgesetzes mit eigenen Vorschlägen und Forderungen begleiten.

→ Ökolandbau
gruenlink.de/780



Weiterführende Infos:



→ Natur und
Umwelt
gruenlink.de/75d



→ Agrar und Ver-
braucher
gruenlink.de/756



→ Gentechnik
gruenlink.de/44w

BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

Thüringen auf dem Weg zum Bildungsland Nr. 1?

Der sozialdemokratische Bildungsminister Christoph Matschie ist bekanntlich mit der Parole gestartet, Thüringen zum Bildungsland Nr. 1 zu machen. Dumm nur, dass sich CDU und SPD in Sachen Bildungspolitik selten einig sind. Das führt dazu, dass die Sozialdemokraten ihren hohen selbstgewählten Ansprüchen nicht im Geringsten gerecht werden und kaum Akzente setzen können. Auf der anderen Seite hat die CDU offensichtlich einen Heidenspaß daran, so oft es geht auf der Bildungsbremse zu stehen, um ihrem Koalitionspartner das Leben so schwer wie möglich zu machen. Das Ergebnis verwundert daher leider kaum: Wichtige bildungspolitische Projekte wie die Thüringer Gemeinschaftsschule laufen nur schleppend an, auf guten Ergebnissen wie im Kita-Bereich wird sich ausgeruht, die Reform der Thüringer Schulordnung endete im Koalitionshickhack, die freien Schulen werden vor die Wand gefahren, die Frage der Kommunalisierung von Horten beispielsweise brachte nur Verunsicherung und viele SchülerInnen, Eltern, ErzieherInnen und viele Lehrkräfte im ganzen Land sind in der Folge mehr als verunsichert.

Kitagesetz

Im April 2010 wurde fraktionsübergreifend mit überwältigender Mehrheit ein neues Kitagesetz beschlossen. Festgeschrieben wurden damit endlich bessere Chancen für Kinder, 2500 zusätzliche ErzieherInnen sowie der verbindliche Rechtsanspruch auf zehn Stunden Bildung, Erziehung und Betreuung ab dem ersten Lebensjahr. Da Gesetze allein noch lange keine guten Bedingungen schaffen, war von vornherein klar, dass mehr Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Vorgaben im Kitagesetz rasch umzusetzen. Doch statt mehr Licht ins Dickicht der undurchsichtigen Kita-Finanzierung zu bringen und bessere Regelungen zur sozialverträglichen Ausgestaltung der Elternbeiträge zu schaffen, ruht sich die Landesregierung selbstgefällig auf den Ergebnissen von quantitativen Länderrankings aus. Wir Grüne hingegen werben weiter für wirklich gute Bedingungen in den Kitas, mehr Personal und sozialverträgliche Elternbeiträge, um allen Kindern den Besuch in den Kitas zu ermöglichen, denn gerade am Anfang der Bildungslaufbahn werden die Grundsteine für Chancengleichheit gelegt.

Gemeinschaftsschule

Eines der zentralen bildungspolitischen Anliegen der Koalition war die Schaffung der Thüringer Gemeinschaftsschule. Von Anfang an war klar: Die CDU unterstützt dieses Anliegen trotz Lippenbekenntnissen nicht. So wurden die konsequente Umsetzung des längeren gemeinsamen Lernens und die verbindliche und flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule verpasst. Stattdessen hielt mit der Gemeinschaftsschule, als einer weiteren Schulart neben vielen anderen, zudem das von der CDU favorisierte ‚Zwei-Klassen-System-Oberschule-Regelschule‘ Einzug in das Thüringer Bildungssystem. Und die vielen handwerklichen Fehler setzten sich fort. So blieben die Kooperationsmöglichkeiten der Gemeinschaftsschulen stark eingeschränkt und ländliche Regionen langfristig benachteiligt, da nicht in allen Regionen Gemeinschaftsschulen angeboten werden. Das Ergebnis ist dementsprechend mager. Ein Jahr nach der Einführung der Gemeinschaftsschulen sind von den ca. 1050 Schulen im Freistaat nur 14 neue Gemeinschaftsschulen gemeldet. Wir Bündnisgrüne konnten letztlich nur versuchen, durch viele Änderungsanträge zum Schulgesetz die größten Fehler zu beseitigen. Wir haben uns zusätzlich für die Abschaffung von unfreiwilligen Klassenwiederholungen, eine verbesserte Schulautonomie und die Umsetzung von flächendeckenden Ganztagsangeboten stark gemacht.

LehrerInnenmangel

Da von beruflichen Perspektiven für angehende Lehrerinnen und Lehrer im Freistaat weit und breit keine Rede sein kann, haben wir in einem Antrag (Drs. 5/2299) gefordert, mit einer vorausschauenden Personalpolitik dem drohenden Lehrkräfte-mangel zu begegnen. Durch die jahrelange Personalfehlpolitik der CDU-Alleinregierung, die auf Altersteilzeit und das Floatingmodell setzte, mangelt es nun im ganzen Land an Referendariatsplätzen und an ausreichenden Neueinstellungen. Während 700 bis 800 Lehrkräfte jährlich in den Ruhestand gehen, werden nur etwa 300 Neueinstellungen im Jahr vorgenommen. Die Folge ist, dass der Altersdurchschnitt von derzeit 51 Jahren weiter steigen wird und eine ausgewogene Altersmischung in weiter Ferne bleibt. Hinzu kommt ein hoher Krankenstand. Unser Vorschlag, jeder Absolventin/jedem Absolventen der Lehrerausbildung in Thüringen innerhalb eines Jahres einen Platz für den Vorbereitungsdienst im Thüringer Schuldienst oder zumindest eine ErzieherInnenstelle im Hort für die Wartezeit anzubieten und nach erfolgreichem Abschluss des Referendariats eine berufliche



Astrid Rothe-Beinlich

Parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Bildung, Wissenschaft, Kultur, Frauen, Migration und Flüchtlingspolitik, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, frauenpolitische Sprecherin der Bundespartei



Den leeren Ankündigungen Matschies begegneten wir Grüne mit einem Alternativen Hochschulgipfel – Hier diskutiert Astrid Rothe-Beinlich (2. v. l.) mit Staatssekretär Prof. Dr. Thomas Deufel (2. v. r.) und der Rektorin der FH Jena, Dr. Gabriele Beibst (r.)

Perspektive im Thüringer Schuldienst zu eröffnen, sowie die von uns geforderte verpflichtende Einführung eines Studiengangmoduls für „Heterogenität, Inklusion und Teamarbeit“ wurde im Rahmen der durchgeführten Anhörung durch den Bildungsausschuss von allen Beteiligten begrüßt. Doch die koalitionsstragenden Fraktionen – angeführt von der Bildungsbremse CDU – sahen auch hier keinen Handlungsbedarf. So ist der Anspruch auf individuelle Förderung jedes Kindes zwar Gesetz – die LehrerInnen sind allerdings nur völlig unzureichend darauf vorbereitet.

Freie Schulen

Mit der Änderung des Gesetzes über freie Schulen mussten wir schnell feststellen, dass am Ende wohl die Eltern die Zeche für die Kürzungspolitik von Schwarz-Rot zahlen müssen. Das wollten wir vermeiden und haben entsprechende Änderungsanträge zum Gesetz eingereicht. Denn die Wirkungen des Ende 2010 verabschiedeten Gesetzes haben fatale Folgen. So greift die doppelte Kürzung voll, die Wahlfreiheit der Eltern ist faktisch abgeschafft und freie Schulen werden gegenüber den staatlichen Schulen noch stärker benachteiligt. Die Folge ist, dass viele freie Schulträger nun mit dem Rücken an der Wand stehen und ihre Schulgelder erhöhen müssen. Da wir massive Zweifel an der Zulässigkeit der Änderung des Thüringer Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft hegen, haben wir vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof einen Normenkontrollantrag eingereicht, der derzeit zur Verhandlung ansteht. Politik über die Gerichte durchzusetzen, ist normalerweise nicht unser Stil, doch angesichts von Schulgelderhöhungen und der anhaltenden Ignoranz der Landesregierung blieb uns leider keine andere Wahl. Wir streiten weiter für unsere Grundüberzeugungen im Umgang mit freien Schulen: ‚Gleichberechtigung, Transparenz und Planungssicherheit‘ – immerhin leisten freie Schulen selbstverständlich 100 Prozent Bildungsauftrag und sind Teil des öffentlichen Schulwesens.

Ein Bildungsfreistellungsgesetz für Thüringen

Wir haben im Herbst 2011 einen eigenen umfassenden Gesetzentwurf für ein Bildungsfreistellungsgesetz vorgelegt. Bis auf die FDP haben alle Fraktionen im Landtag Einigkeit in der Intention gezeigt, mit einem Bildungsfreistellungsgesetz für die Thüringerinnen und Thüringer einen verbindlichen Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit an fünf Arbeitstagen im Jahr für Bildung zu schaffen. Statt die Erwachsenenbildung zur vierten Säule im Bildungssystem auszubauen, wie Minister Matschie gern betont, verkommt sie mehr und mehr zum fünften Rad am Wagen. Unser Gesetzentwurf soll dem entgegenwirken. Klar ist auch: Ohne unsere Initiative wäre wohl auch diese Legislatur ergebnislos verstrichen. Nun warten wir also auf den für das Frühjahr angekündigten Gesetzentwurf der Landesregierung und freuen uns auf eine konstruktive Debatte.

GRÜN IM PARLAMENT

Eine Auswahl parlamentarischer Initiativen:

Kultur des Zuhörens und Hinschauens stärken - für mehr Schulpsychologinnen und Schulpsychologen und Schulsozialarbeit an Thüringens Schulen (Drs. 5/622).

Fördern statt Sitzenbleiben. Unser Antrag zur Abschaffung von teuren und unwirksamen Klassenwiederholungen (Drs. 5/1401).

Für eine gemeinsame Bildungsverantwortung von Bund und Ländern und die Abschaffung des unsinnigen Kooperationsverbots im Bereich der Bildungsfinanzierung (Drs. 5/1544).

Studienfinanzierung stärken - Das BAföG zum Zwei-Säulen-Modell ausbauen (Drs. 5/3355).

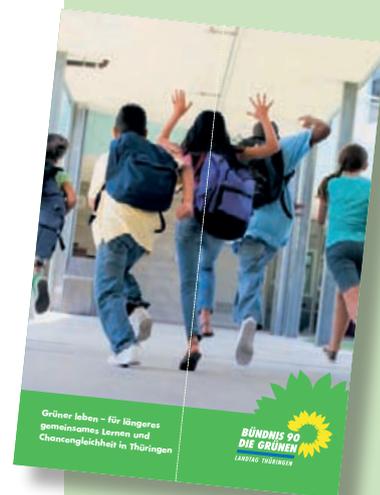
RAUM FÜR IDEEN – KONZEPTE FÜR THÜRINGEN

Gelingende Inklusion braucht die richtigen Rahmenbedingungen. **Wir wollen daher ein inklusives Schulgesetz erarbeiten** und in den Thüringer Landtag einbringen. Grundlage dafür bildet das von uns bei Prof. Ulf Preuss-Lausitz in Auftrag gegebene Gutachten zu den Perspektiven sonderpädagogischer Förderung in Thüringen.

Klare, verbindliche und vor allem verlässliche Regelungen für die öffentliche Kulturförderung sind nötiger denn je. Wir wollen daher auf der Basis des Beschlusses unserer Landesdelegiertenkonferenz **ein bündnisgrünes Kulturförderungsgesetz für Thüringen vorlegen**. → Kulturförderung gruenlink.de/4tj



Unterschriftensammlung aus ganz Thüringen für eine bessere Familienpolitik



Faltblatt: Grüner leben – für längeres gemeinsames Lernen

Weiterführende Infos:



Bildung, Wissenschaft und Kultur
gruenlink.de/44v



→ Kultur
gruenlink.de/75c



→ Migration und Integration
gruenlink.de/75a

BAU, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR

Im Mittelpunkt steht der Mensch

Im Fachbereich Bau, Landesentwicklung und Verkehr, der auch die Demografie umfasst, geht es naturgemäß viel um Straßen und Häuser, Wege und Gewerbegebiete. Doch im Mittelpunkt steht für uns der Mensch. Was ist gut? Was macht glücklich? Was nur auf den ersten Blick? Und schon sind wir bei den Grundfragen des Lebens. Das irritiert unsere politischen Wettbewerber immer noch und immer wieder. Es ist für die SPD und CDU offensichtlich schwer zu akzeptieren, dass wir den Straßenneubau auch aus Menschenliebe in Frage stellen.



Jennifer Schubert

Sprecherin für Bau, Landesentwicklung, Verkehr und Demografie, Mitglied im Petitionsausschuss, stellvertretende parlamentarische Geschäftsführerin

Viele Straßen – wenig Menschen

Ganz zu schweigen von den finanziellen Auswirkungen des demografischen Wandels und der schon heute im Bundesvergleich weit überdurchschnittlichen Versorgung Thüringens mit Straßen. Offensichtlich gilt in ihren Parteien noch immer das Ziel der Großen Koalition von 1969 mit ihrem Verkehrsminister Georg Leber, dass der nächste Autobahnanschluss überall höchstens 25 Kilometer entfernt sein soll. Das war gut gemeint. Aber eben zu kurz gedacht und nicht wirklich gut für die Menschen, nicht für die Umwelt und auch nicht für den Haushalt.



Fachgespräch zur Verkehrssicherheit im Thüringer Landtag

Von Verkehrssicherheit nicht ablassen

Nicht ehrgeizig, keine Verantwortlichkeiten, kein Zeitplan, keine Evaluation – so bewertete Jacqueline Lacroix vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat im Rahmen des Fachgesprächs von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Thüringer Verkehrssicherheitsprogramm. Und das nach der traurigen Bilanz von 2011: Erstmals ist die Zahl der Verkehrstoten wieder gestiegen. 150 Menschen verloren in Thüringen im Straßenverkehr ihr Leben – 30 mehr als 2010. Ein absolutes Alkoholverbot, Geschwindigkeitsbeschränkungen und dichte Kontrollen könnten Leben retten. Unsere parlamentarische Initiative zu mehr Tempo-30-Zonen aber geriet im Thüringer Landtag unter die Räder. Dies wurde von Minister Carius vor allem mit Akzeptanzproblemen begründet. Für uns aber ist die steigende Zahl an Unfalltoten inakzeptabel – deshalb werden wir vom Thema Verkehrssicherheit nicht ablassen.

Sinnvolles Wachstum durch Stärkung des ÖPNV

Schon vor 40 Jahren merkten renommierte WissenschaftlerInnen an, dass jede Mark im ÖPNV zu mehr Wohlstand führt als die gleiche Mark für den Neubau von Straßen. Sinnvolles Wachstum und ein nachhaltiges BIP hängen eben schon lange nicht mehr an mehr Straßen. Das ist aber weder bei SPD noch bei CDU oder gar der FDP bislang wirklich angekommen. Wir werden die dicken Bretter gerade deshalb weiter bohren. Und das im ganzen Land. Sei es die überdimensionierte Planung für eine B87n durch die Rhön oder eine B19n durch den Thüringer Wald oder die Zerstörung des Umfelds einer historische Holzbrücke in Wünschendorf in Ostthüringen – wir gehen vor Ort, um die Betroffenen über ihre Rechte und Möglichkeiten aufzuklären und mit ihnen alternative Konzepte zu entwickeln.



Protestaktion in Meiningen gegen die geplante B87n durch die Rhön

GRÜN IM PARLAMENT

Eine Auswahl parlamentarischer Initiativen:

Zwei Gesetzentwürfe haben wir im Fachbereich vorbereitet und eingebracht. Einen zur energetischen Gebäudesanierung (Drs. 5/2678) und einen zur Gemeinde-Verkehrs-Finanzierung (Drs. 5/4036). In beiden Fällen tut die Regierung nichts, obwohl dies dringend geboten wäre.



Fraktion unterwegs – umweltfreundlich und gesund mit den Fraktions-E-Bikes

Von der Mitte-Deutschland-Bahn (Drs. 5/2399) über den Flächenverbrauch (Drs. 5/1523) bis zur Energieeinsparung (Drs. 5/2283) und das Dienstwagenprivileg (Drs. 5/3897) haben wir Anträge mit den anderen vier Fraktionen diskutiert. Einmal, genau nur einmal, wurde einer dieser Anträge bislang in einen Ausschuss zur Weiterberatung verwiesen: Die Förderung des Grünen Bandes als Radweg (Drs. 5/2869). Hier sind wir am säen, die parlamentarische Ernte ist noch mager.

So ist das tägliche Brot von uns Oppositionellen die Anfrage. Ob zum Verkauf des Renaissanceschlosses Hummelshain (Drs. 5/3941), zur geplanten Ortsumgehung in Rohr (Drs. 5/3439) oder, im Plenum, zur Ausweisung von Windvorrangflächen.



Faltblatt:
Thüringentakt – Vom ICE zum Bürgerbus



Radwanderkarte:
Grüner leben mit dem Thüringentakt

RAUM FÜR IDEEN – KONZEPTE FÜR THÜRINGEN

Fachgespräche und Konferenzen sind die Höhepunkte unserer inhaltlichen Arbeit. Dort stellen wir uns der Fachwelt und bilden uns weiter. Schwächen in unseren eigenen Argumentationen werden dadurch geschliffen und neue Ansätze entwickelt. **In Vorbereitung eines Fachgespräches beschäftigen wir uns derzeit intensiv mit dem Landesentwicklungsprogramm (LEP)**, das laut Koalitionsvertrag eigentlich bis Mitte 2012 fertig sein sollte. Doch die Landesregierung hat auch diesen Prozess nicht im Griff und so wird sich die Erstellung noch mindestens bis Ende des Jahres hinziehen.

Ein großes Projekt der gesamten Fraktion begleitet uns nun schon seit über einem Jahr und wird uns auch noch länger treu bleiben: Der Thüringentakt. Trotz vollmundiger Aussagen, ein Taktsystem in Thüringen bereits zu haben, gibt es das bislang

nur auf Bahnstrecken, dabei oft ohne funktionierende Umstiege zwischen Bahnen und schon gar nicht zum Bus. Auch hier hat die Landesregierung die Spannweite der Herausforderung noch nicht erfasst. Denn ein Takt braucht die genau richtig ausgebauten Strecken, damit die Züge und Busse alle zur gleichen Zeit an den Knoten ankommen können. Eine Chance immerhin bietet hier die von uns lange mit guten Gründen bekämpfte Neubaustrecke Nürnberg–Erfurt–Halle mit ihrem Knoten in der Landeshauptstadt. Diese ist nun so weit fortgeschritten, dass ein Kampf gegen sie nicht mehr sinnvoll ist. Jetzt gilt es, das Beste daraus zu machen. Doch sogar Jena wird durch sie vom Fernverkehr abgehängt und noch nicht einmal die Mitte-Deutschland-Bahn von dort nach Erfurt ist zweigleisig. Es gibt also noch viel zu tun.

→ thuringentakt.de



Weiterführende Infos:



→ Verkehr
und Bau
gruenlink.de/75i

SOZIALES, ARBEIT UND GESUNDHEIT



Anja Siegesmund

Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Soziales, Arbeit, Familie und Gesundheit, Jugend, Senioren, Behindertenpolitik sowie Sport

Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der vergangenen zweieinhalb Jahre war auf Bundes- und Landesebene vor allem von einer Frage dominiert:

Was ist gute Arbeit, was ist ein fairer Lohn und wie müssen würdevolle, bedarfsgerechte und verfassungskonforme Regelsätze für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausgestaltet werden?

Die Kinderarmut in Thüringen bleibt erschreckend hoch. Deshalb haben wir die Reform der ALG-II-Sätze und den Gesetzentwurf der Bundesregierung bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Zuge der Instrumentenreform mit Anfragen und Anträgen kritisch begleitet. Die beste Strategie, um langfristig sparen zu können und gleichzeitig Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen und Kinderarmut zurückzudrängen, ist eine nachhaltige Vermittlung von möglichst vielen Arbeitslosen in Arbeit, von der sie tatsächlich leben können, und die sie sozial sichert. Die jetzige gute Arbeitsmarktlage ist dafür eine ideale Basis. Deshalb muss jetzt in die Förderung von Beschäftigung investiert werden, damit alle vom Aufschwung profitieren können. Eigentlich eine Binsenweisheit. CDU und SPD waren sich jedoch nur darin einig, dass sie sich nicht auf eine einheitliche Thüringer Position im Bundesrat einigen konnten.

Der Mindestlohn muss kommen

Deshalb haben wir einen Antrag im Plenum gestellt, der die Landesregierung unter anderem dazu auffordert, sich im Bundesrat für die Einrichtung einer mit allen notwendigen Kompetenzen ausgestatteten und unabhängigen Mindestlohn-Kommission nach dem Vorbild der Low-Pay-Commission in Großbritannien einzusetzen.

Ladenöffnungszeiten – bitte sinnvoll und familienfreundlich

Ähnlich lief es bei der Reform des Ladenöffnungsgesetzes in Thüringen. Wir Bündnisgrüne haben auch hier eine mut- und ideenlose Regierung vor uns hergetrieben. Im Thüringer Einzelhandel gelten derzeit gesetzliche Öffnungszeiten von montags bis freitags von 0 bis 24 Uhr. Wir sehen das Ladenöffnungsgesetz aber vor allem als ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und fordern eine Abkehr vom Rund-um-die-Uhr-Shopping, einen effektiven Schutz des Sonntags und die Eindämmung des sich schleichend ausweitenden Advents-shoppings. Für unseren arbeitnehmerInnen- sowie familienfreundlichen und auch unbürokratischen Antrag konnten wir aber keine Mehrheit gewinnen. Unser Kompromiss sah als Verhandlungsbasis Öffnungszeiten von 6 bis 22 Uhr vor. Denn so ziemlich alles ist besser als der unsoziale schwarze Murks der Landesregierung beim Ladenöffnungsgesetz. Zusammen mit den Gewerkschaften und dem Thüringer Einzelhandel werden wir uns für eine erneute Überarbeitung noch in dieser Legislaturperiode einsetzen.



Für eine gesunde und nachhaltige Ernährung in Thüringens Schulen – hier pflanzt Anja Siegesmund (r.) einen Apfelbaum für die Regelschule in Berlstedt.

GRÜN IM PARLAMENT

Eine Auswahl parlamentarischer Initiativen:

Wir haben die Landesregierung in Anträgen aufgefordert, sich für würdevolle, bedarfsgerechte und verfassungskonforme Regelsätze für Kinder, Jugendliche und Erwachsene einzusetzen (Drs. 5/1557) und in Arbeit zu investieren (Drs. 5/3242).

Wir haben die Aufklärung über die undurchsichtige und nach dem Prüfbericht des Rechnungshofes nachweislich unwirtschaftliche Arbeit der „Stiftung FamilienSinn“ mit zahlreichen Anträgen im Sozialausschuss und Plenum (Drs. 5/2555) forciert.

Als einzige Fraktion haben wir eine Komplettreform der Thüringer Familienpolitik nach zeitgemäßen, emanzipierten und nachhaltigen Maßstäben

gefordert, inklusive der Abschaffung des unsinnigen Thüringer Erziehungsgeldes und wirksamen Instrumenten gegen Kinderarmut (Drs. 5/1765, 5/2010 und 5/2569).

Wir haben einen Antrag für eine Frauenquote für Aufsichtsräte börsennotierter Aktiengesellschaften eingebracht (Drs. 5/325) und uns für eine stärkere Förderung des Frauen- und Mädchenfußballs in Thüringen eingesetzt (Drs. 5/2875).

Aufgrund unserer Initiative hat sich der Gleichstellungsausschuss thematisch geöffnet und beschäftigt sich nun endlich mit der Gleichstellung von Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung.

Wir denken weiter

Sozialpolitik ist auch Integrationspolitik. Thüringen ist neben Sachsen das einzige Bundesland, das an der überholten Bezeichnung und Aufgabenbeschreibung „Ausländerbeauftragte“ festhält. Auf Bundes- und Länderebene haben sich längst Bezeichnungen durchgesetzt, die der veränderten Bedeutung der Integrationspolitik als gesellschaftlicher Querschnittsaufgabe Rechnung tragen. Deswegen haben wir in einem Antrag (Drs. 5/2394) unter anderem gefordert, dass die künftige

Migrations- und Integrationsbeauftragte auch Grundsatzfragen der Integration und Partizipation von MigrantInnen behandelt, die integrationspolitischen Ansätze und Strukturen in Thüringen weiterentwickelt und dazu beiträgt, Integrationshemmnisse abzubauen. Allerdings verweigerten sich CDU, SPD und FDP bereits der Fachdiskussion im Ausschuss, indem sie den Antrag im Plenum abschmetterten. Zukunftsweisende Politik sieht anders aus.

Wir bleiben dran.



Anja Siegesmund beim Auftakt der grünen Gesundheitstour im Kreiskrankenhaus Greiz

RAUM FÜR IDEEN – KONZEPTE FÜR THÜRINGEN

Gute Bildung, gute Arbeit in Thüringen:

Sozialen Aufstieg ermöglichen

Soziale Mobilität und Chancengerechtigkeit in Thüringen wird unser Schwerpunkt für die zweite Hälfte der Legislatur sein. Nur in einer Gesellschaft, in der wir Chancengerechtigkeit und Teilhabe stärken, wird es gelingen, allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Wir sind davon überzeugt, dass soziale Herkunft nicht über die Zukunft der Menschen entscheiden darf. Mit einer Großen Anfrage werden wir zunächst den aktuellen Stand zum Thema „Soziale Gerechtigkeit“ im Freistaat erfragen und auf dieser Basis ein umfassendes politisches Handlungskonzept entwickeln. **Bildung, Arbeit und Soziales müssen zusammengedacht werden.**

Vom Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt der vergangenen zwei Jahre profitierten bei weitem nicht alle. Langzeitarbeitslose, Behinderte, Arbeitssuchende ohne Schulabschluss oder Menschen mit anderen „multiplen Vermittlungshemmnissen“ bleiben nach wie vor außen vor. Und auch wer Arbeit hat, kann in Thüringen oft davon nicht leben. Ein Drittel, rund 270 000 der Thüringer Beschäftigten, bekommen weniger als 8,50 Euro die Stunde.

Gleichzeitig braucht Thüringen jetzt und in Zukunft gut ausgebildete Fachkräfte, sei es in Industrie und Handwerk, im Gesundheits- und Pflegebereich oder im Bildungssektor. Das schaffen wir nur mit guter Politik und in Zusammenarbeit mit den ArbeitgeberInnen. Noch 2012 wird die Fraktion ihre parlamentarische Arbeit durch die Tour „Grüner leben – gut arbeiten in Thüringen“ ergänzen, auf der wir vorbildhafte Beispiele für eine nachhaltige, familienfreundliche und gerechte Arbeitswelt im Freistaat besuchen.

Gesundheit

Kaum ein Thema betrifft so viele Menschen direkt wie das Thema Gesundheit. ÄrztInnenmangel, Pflegenotstand, Krankenhäuser und Kostenexplosion – die Schlagwörter sind bekannt. 2012 und 2013 wird sich ein Schwerpunkt unserer Fraktionsarbeit rund um die Gesundheit drehen. Den Anfang macht eine Gesundheitstour mit ExpertInnen in Fachgesprächen in ganz Thüringen zu Themen wie dem Krankenhaus der Zukunft, LandärztInnenmangel, Prävention und Pflege in Thüringen.

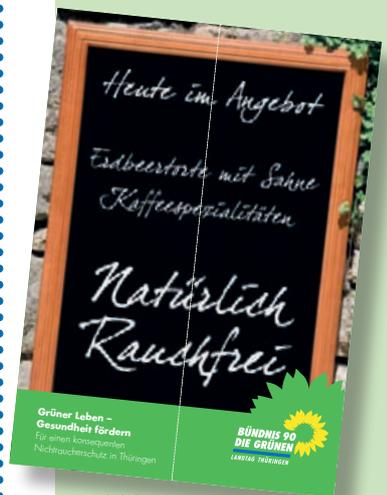
→ Gesundheit
gruenlink.de/7ko



Nichtraucherschutz

Gesundheitsschutz geht für uns Bündnisgrüne vor wirtschaftlichen Interessen. Auch bei gesellschaftlich kontrovers geführten Debatten wie dem Nichtraucherschutz. Das ist ein grünes Markenzeichen. Als mutlos und gesundheitsgefährdend kann man die Novellierung des Nichtraucherschutzgesetzes durch CDU und SPD im Jahr 2010 bezeichnen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten einen Änderungsantrag (Drs. 5/1117) ins Plenum eingebracht, der einen effektiven Schutz von Nichtrauchern und Beschäftigten in der Gastronomie ermöglicht hätte. 2012 wird das Gesetz erneut novelliert und wir begleiten dies mit einer Initiative für gute Luft in Thüringen. **Zusammen mit Partnern aus der Gesundheitsbranche wollen wir eine sachliche Debatte zum Nichtraucherschutz anstoßen** und den Bürgerinnen und Bürgern in Thüringen jene gute Luft verschaffen, die zum Beispiel für die Bayern mittlerweile selbstverständlich ist.

→ Nichtraucherschutz
gruenlink.de/78v



Faltblatt:
Grüner leben –
Gesundheit fördern

Weiterführende Infos:



→ Arbeit
gruenlink.de/75k



→ Gesundheit
gruenlink.de/75h

INNEN UND WIRTSCHAFT



Dirk Adams

Sprecher für Innenpolitik, Wirtschaft, Technologie und Energie sowie Tourismus

Wirtschafts- und Innenpolitik sind keine grünen Kernthemen – zumindest nicht auf den ersten Blick. In der Innenpolitik geht es zuerst um die Frage der Kommunen und Landkreise, hier erleben Bürgerinnen und Bürger hautnah Politik und Staat. Wir wollen die ungelösten Fragen nach einer ehrlichen Finanzierung nachhaltiger Infrastruktur, Aufgaben und Gebietszuschnitte der Kommunen beantworten. Dabei sind Transparenz und BürgerInnenbeteiligung unser Ziel und Leitbild. Gleiches gilt auch für eine gute Wirtschaftspolitik.

Kreative Politik für eine starke Wirtschaft

Gute Bedingungen für den breiten Mittelstand in Thüringen schaffen wir nicht ohne die Unternehmen und Verbände der Wirtschaft – sie müssen beteiligt werden. Ebenso wichtig ist Beteiligung und Mitsprache in Unternehmen und fairer sowie nachhaltiger Handel nach außen. Wirtschaftspolitik muss sich in Zeiten knapper werdender EU-Förderungen durch Kreativität und die Stärkung der Stärken auszeichnen.

Wir suchen neue Wege

In der Wirtschaft ist eine Förderpolitik wie bisher nicht mehr möglich. Wir streiten für die Erkenntnis, dass nicht jede Straße, jeder Autobahnkilometer, jeder Flughafen-Euro für eine gelungene Wirtschaftspolitik stehen. Vielmehr geht es uns um eine gute Bildung, die den hohen Bedarf an Fachkräften sichert, Innovation, die neue Potenziale erschließt und Infrastruktur, die vor allem effektiv und nicht ressourcenverbrauchend ist. Wir suchen nach neuen Wegen, die Produktivität zu steigern, ohne mehr natürliche Ressourcen zu verbrauchen. Wir brauchen mehr Frauen und MigrantInnen, junge Menschen und erfahrene ältere MitarbeiterInnen in den Unternehmen! Bestehende Unternehmen müssen wir beim Generationenwechsel unterstützen. Insgesamt muss die Thüringer Wirtschaftspolitik einem ganzheitlicheren Ansatz als bisher folgen, wenn wir auf die zukünftigen Herausforderungen vorbereitet sein wollen.

Meine Daten gehören mir

Der demografische Wandel stellt auch für die Innenpolitik eine große Herausforderung dar. Mehr Transparenz, Mitbestimmung und Verantwortung stärken die Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Ein ganz wesentlicher

Punkt ist dabei der Datenschutz aller Thüringerinnen und Thüringer. Dazu gehört einerseits der bewusste und sensible Umgang mit den eigenen Daten. Aber auch der Staat muss seine eigenen Grenzen eng und scharf ziehen und dies ernst nehmen – hier sind Kontrolle und scharfe Gesetze nötig. Deshalb haben wir uns intensiv in die Debatte um das neue Thüringer Datenschutzgesetz eingebracht.

Mehr Beteiligung bei strukturellen Veränderungen

Grenzen für den Staat und Beteiligung für alle bedeuten für uns auch mehr Möglichkeiten für Volks- und Bürgerentscheide, zum Beispiel auch in Finanzfragen und bei Planungsverfahren, aber auch ein Wahlrecht spätestens ab dem 16. Lebensjahr. Der demografische Wandel wird dazu führen, dass wir nicht nur unsere Kommunen in der Fläche mit umfänglichen Kompetenzen und der richtigen Infrastruktur ausstatten müssen, sondern dass wir auch eine neue Art benötigen, Sicherheit zu organisieren. Wir werden in dünn besiedelten Gegenden nicht mehr alle Polizeiinspektionen und -stationen aufrechterhalten können. Sicherheit wird damit auch abhängig von der Entfernung zur nächsten Polizeidienststelle. Wir antworten hier mit dem Konzept einer Bürgerpolizei, die lokale und auch temporäre Sicherheitspartnerschaften zwischen Po-



Unsere unabhängige Kandidatin für das Amt der Thüringer Datenschutzbeauftragten, Constanze Kurz (r.), unterlag Dr. Lutz Hasse (SPD) mit 34 zu 42 Stimmen. Unabhängigkeit beim Datenschutz? Unerwünscht!



Dirk Adams wirbt vor dem Thüringer Landtag für die Absenkung des Wahlalters

RAUM FÜR IDEEN – KONZEPTE FÜR

Die letzte Novellierung des Thüringer Datenschutzgesetzes (2011) war unter dem Druck der Landesregierung und mit wenig Gestaltungswillen der Koalitionsfraktionen zu einer mehr als kleinen Lösung geschrumpft. **Wir wollen ein neues, ein modernes und beispielgebendes Datenschutzgesetz für Thüringen**, das z.B. dem Datenschutzbeauftragten echte Unabhängigkeit und große Kompetenz verleiht. Ebenso wollen wir das Thüringer Informationsfreiheitsgesetz novellieren und so mehr Transparenz vom Staat gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern einfordern.

→ gruenlink.de/78s



Wir wollen Konzepte zur Tourismusförderung in den Vordergrund stellen, die sich nicht nur an der Anzahl ausgelasteter Hotelbetten und schwer auslastbarer Infrastruktur orientieren. **Wir setzen auf die vielfältige Förde-**

lizei und Bürgern stärkt und sich weitestgehend auf zivilgesellschaftliche Ansätze gründet. Aber auch die Auswertung des Versagens aller Sicherheitsbehörden im Fall des rechtsterroristischen NSU macht deutlich, dass die Sicherheitsarchitektur (nicht nur) in Thüringen einer dringenden Überprüfung, besserer Kontrolle und entschlossenen Veränderung bedarf.

Die innenpolitischen Themen: Rechte Gewalt, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Intoleranz und ein wieder erstarkender Nationalismus sehen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Fremdenfeindlichkeit allein innenpolitisch bekämpfen zu wollen, muss scheitern. Darum setzen wir auf ein echtes Landesprogramm gegen Rechts, das umsetzbare und effektive Maßnahmepläne in der Fläche ermöglicht.

GRÜN IM PARLAMENT

Eine Auswahl parlamentarischer Initiativen:

Wir wollen mehr Beteiligung, darum war dies unser erster Gesetzentwurf: „Drittes Gesetz zum Thüringer Kommunalwahlgesetz“ (Drs. 5/478), um das Wahlrecht für 16-Jährige einzuführen. SPD und CDU haben dies abgelehnt.

Kommunen sollen selbstbestimmt und mit hoher Verantwortung über Finanzen und Infrastruktur entscheiden, darum haben wir über Fraktionsgrenzen hinweg und mit der Bürgerallianz zusammengearbeitet. Das Ergebnis ist ein Gesetzentwurf, den wir mit DIE LINKE gemeinsam eingebracht haben und der jetzt auch Vorbild für ein aktuelles Volksbegehren ist: Thüringer Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbau- und Abwasserbeiträge (korrigierte Neufassung) (Drs. 5/1314). SPD und CDU haben dies bisher abgelehnt.

Wirtschaft fair und transparent zu gestalten, ist eines unserer Ziele. Darum haben wir uns in die Debatte um das Thüringer Vergabegesetz aktiv eingemischt, haben Anhörungen mit Europa-abgeordneten organisiert und einen Änderungsantrag eingebracht, der von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden gelobt und kritisiert wurde – offensichtlich klug und ausgewogen war: „Änderungs- und Entschließungsantrag zum Vergabe- und Mittelstandsförderungsgesetz (Drs. 5/2568 und 5/2570)“. Die Debatte hat gezeigt, dass Oppositionsfraktionen, wenn sie sich einmischen, auch etwas erreichen können, das Gesetz verließ den Landtag deutlich verändert.

FÜR THÜRINGEN

rung von touristischen Dienstleistungen und Angeboten. Thüringen bietet viel Platz für individuellen Tourismus. Darum verfolgen wir das Ziel, hochwertige Ansätze im Low-Budget-Bereich zu schaffen und generationsübergreifenden und barrierefreien Tourismus als Leitbild zu definieren, der gerade Familien ein attraktives Urlaubsangebot macht. Letztlich hat Thüringen auch durch seinen Naturreichtum ein enormes Potenzial für einen leicht zugänglichen Abenteuer- und Naturtourismus, den es erst einmal in seinen Anfängen auszubilden gilt.

→ gruenlink.de/6ej



Das Thüringer Polizeiaufgabengesetz, das Verfassungsschutzgesetz und weitere Normen, die im Zusammenhang mit den vom Staat offenbar unentdeckten oder widerstandslos hingenommenen Gewalttaten von Neonazis ihre Schwäche und Unzulänglichkeit gezeigt haben, müssen unverzüg-

lich verändert, gestärkt oder gestrichen werden. Dies ist so vordringlich, weil auf Grundlage dieser Gesetze tief in die Rechte einzelner Bürger eingegriffen werden darf. Dabei wollen wir Grüne nicht auf die abschließende Bewertung des von uns mit initiierten parlamentarischen Untersuchungsausschusses warten. Bei den offensichtlichen, schon jetzt erkennbaren Fehlern ist sofortiges Handeln nötig. Für uns bedeutet das vor allem **eine elementare Debatte um den Sinn des Verfassungsschutzes sowie eine definitive Veränderung seiner Mittel und Aufgaben**, mit dem Ziel, den Schutz der Verfassung und nicht die Überprüfbarkeit von Einzelnen in den Vordergrund zu stellen.

→ gruenlink.de/6qo



Fraktionenübergreifende Plakataktion für DRESDEN nazifrei – ohne CDU und FDP



Broschüre: Wählen mit 16

Weiterführende Infos:



→ Innenpolitik
gruenlink.de/750



→ Wirtschaft
gruenlink.de/75k

ENERGIE

Ein Arbeitskreis für den Überblick

Mit dem Einzug in den Thüringer Landtag haben wir das umgesetzt, was wir uns lange vorgenommen hatten. Wir wollten mit Blick auf den exzessiven Energie- und Ressourcenverbrauch Mittel und Wege finden, um dem Klimawandel konkret in Thüringen zu begegnen. Für uns hieß das auf Parlamentsebene, dass wir eigentlich getrennte Politikbereiche zusammenführen mussten. In unserem Arbeitskreis „Klima und Energie“ vernetzen sich daher die Abgeordneten Dirk Adams, Jennifer Schubert und Dr. Frank Augsten sowie deren MitarbeiterInnen aus den Fachbereichen Wirtschaft und Energie, Bau und Verkehr, Landwirtschaft und Umwelt. Der Arbeitskreis ist durch diese Vernetzung der Katalysator unserer grünen Klima- und Energiepolitik im Thüringer Landtag, deren Ziel mehr ist als der bloße Ausbau der Kapazitäten der erneuerbaren Energien. Wir sind uns sicher, dass wir nur bei einer ganzheitlichen Betrachtung verhindern können, dass das Recht der Natur oder das von Bürgerinnen und Bürgern auf der Strecke bleibt. Dazu haben wir uns immer wieder mit ExpertInnen aus Forschung und Wissenschaft zu Themen wie den Möglichkeiten der Energiespeicherung, von Windkraft im Wald oder den konkreten Wirkungen des Klimawandels im mitteleuropäischen Raum ausgetauscht.

Klimakonferenzen für den Durchblick

Ein gut nach außen sichtbares Ergebnis der Arbeitskreisarbeit sind die jährlichen Klimakonferenzen, von denen es 2012 bereits die dritte Ausgabe geben wird. Mit unserer ersten Klimakonferenz zur Windkraftnutzung im Jahr 2010 untersuchten wir die vielfältigen Potenziale, aber auch die zahlreichen Konfliktfelder rund um den Ausbau dieser Form der erneuerbaren Energien. Wir haben KritikerInnen und BefürworterInnen



Eröffnung der Klimakonferenz „Frischer Wind für Thüringen“ 2010

an einen Tisch gebracht und diskutierten an zwei Tagen mit Fachleuten alle wesentlichen Bereiche. Dabei wurden Einschränkungen hinsichtlich des Arten- und Biotopschutzes ebenso analysiert wie das Empfinden der Menschen, die die Veränderungen ihrer gewohnten Umwelt vor der eigenen Haustür erleben.

Zu den Grundsätzen unserer Energiepolitik zählen neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch Anstrengungen zur Senkung des Energiebedarfs und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Dadurch lassen sich Emissionen besonders nachhaltig reduzieren, der Kapitalabfluss aus den Regionen kann verringert und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die Förderung energieeffizienter Technologien gestärkt werden. Unter dem Motto „Wer A sagt, muss auch E sagen“ thematisierten wir 2011 die bisher viel zu wenig beachteten Fragestellungen rund um die Möglichkeiten der Energieeinsparung und der Energieeffizienz. Mit unserer Schwerpunktsetzung bei der Beheizung und Klimatisierung von Gebäuden lag der Fokus klar auf dem Verbrauchssektor, welcher derzeit fast 70 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs frisst. Durch energieeffiziente Neubauten wie auch durch energetische Sanierungen im Gebäudebestand lassen sich langfristige Einsparungen erzielen. Auch diesmal wurden neben den angebotenen Input-Vorträgen mit Diskussionsrunden auch Workshops zu vier verschiedenen Spezialgebieten angeboten. Eine Vernissage mit ausgewählten Projekten aus ganz Thüringen rundete das Angebot für die KonferenzteilnehmerInnen ab. Im Jahr 2012 werden wir das Thema Biomasse und Bioenergie auf die Tagesordnung unserer Klimakonferenz setzen. Gerade bei dem rasanten Ausbau der Bioenergienutzung stellen sich zunehmend Fragen nach Konkurrenzen, unter anderem zu einer stofflichen Nutzung von Holz wie auch zum Umwelt- und Naturschutz. Das sind Fragen, die ehrliche Antworten erfordern.

Stadtwerke, Elektroautos, Solarstrom und Energiespeicher

Dass schnelle und komplexe Entscheidungen für die Begrenzung des Klimawandels und eine umweltfreundliche Energieversorgung nötig sind, haben uns die Geschehnisse von Fukushima 2011 in aller Klarheit vor Augen geführt. Die darauf vollzogene Kehrtwende der Bundesregierung, aber auch der Thüringer Landesregierung in der Atompolitik haben nur das nachvollzogen, was wir seit der Gründung unserer Partei immer wieder sagen. Die Nutzung fossiler und atomarer Energieträger



Dirk Adams

Sprecher für Innenpolitik, Wirtschaft, Technologie und Energie sowie Tourismus



Dr. Frank Augsten

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz, Gentechnik sowie Gleichstellung



Jennifer Schubert

Sprecherin für Bau, Landesentwicklung, Verkehr und Demografie, Mitglied im Petitionsausschuss, stellvertretende parlamentarische Geschäftsführerin



Grüner Solargipfel im Thüringer Landtag



Dirk Adams mit Stefan Göhlert zur Großdemo gegen Atomkraft

gefährdet uns und unsere natürliche Umwelt. Daher muss ein Ausstieg aus diesen Energieformen so schnell wie möglich stattfinden.

Neben der politischen Arbeit im Thüringer Landtag haben die Abgeordneten in allen Regionen des Freistaats immer wieder den Kontakt zu den Akteuren der Energiewende und des Klimaschutzes gesucht, insbesondere im Bereich der Elektromobilität, der Photovoltaik-Industrie, der Produzenten von Energiespartetechnik, zu den Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie zu den Umwelt- und Naturschutzverbänden. So konnten wir einen lebendigen Kontakt zu den relevanten Protagonisten der Energiewende halten und deren Expertise in unsere Arbeit einfließen lassen.

GRÜN IM PARLAMENT

Eine Auswahl parlamentarischer Initiativen:

Wesentliche Ergebnisse unserer Diskussionen im Arbeitskreis wurden in zahlreichen Kleinen Anfragen, Aktuellen Stunden, Anträgen sowie Gesetzesvorlagen eingearbeitet. Damit haben wir in den letzten zwei Jahren sämtliche Debatten, von der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke über den Atomausstieg bis hin zur Energiewende, konstruktiv und kritisch begleitet.

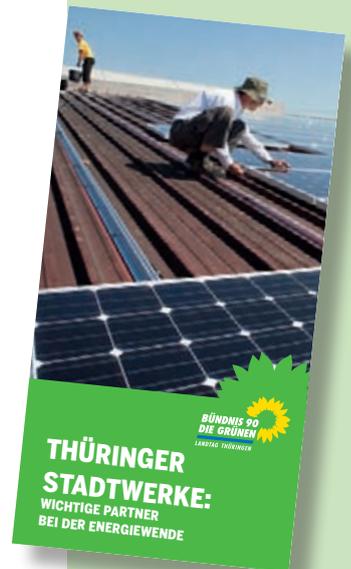
Die Notwendigkeit wirksamer Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz im Gebäudebestand haben wir mit dem Gesetzentwurf zum Thüringer Klimaschutz-Gebäude-Rahmengesetz (Drs. 5/2678) auf den Punkt gebracht.

Gegen das Desinteresse der anderen Parteien haben wir mit unseren Anfragen und der Selbstbefassung § 74 (2) Energiebilanz Thüringen (Vorgang 5/793V) für eine klare Einschätzung der aktuellen Energieversorgung gesorgt.

Im Juni 2011 hatte der Thüringer Landtag auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag einen Zehn-Punkte-Maßnahmenplan zur Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verabschiedet.

Für uns erfordert die Frage nach der Energiewende klare Antworten: Kleine Anfrage zur elektrischen und thermischen Gaskraftwerkskapazität in Thüringen (Drs. 5/3457) oder Kleine Anfrage zu den Anwendungspotenzialen der hydrothermalen Carbonisierung (Drs. 5/3437).

Wir greifen Bundesthemen wie die komplette Netzbefreiung der energieintensiven Industrie auf und fragen nach den Thüringer Profiteuren: Kleine Anfrage zur aktuellen Entwicklung bei den Netzentgelten (Kleine Anfrage 5/2045).



Broschüre:
Thüringer Stadtwerke



Faltblatt:
Grüner leben –
das Klima schützen

Weiterführende Infos:



→ Klima
gruenlink.de/757

PARLAMENTIKON

Wichtige Begriffe im Parlamentsdschungel

Ältestenrat

Der Landtag entscheidet zu Beginn einer jeden Legislaturperiode über die Zusammensetzung des Ältestenrats. Der Ältestenrat der gegenwärtigen Legislaturperiode ist mit 13 Abgeordneten besetzt. Neben der Präsidentin, den drei Vizepräsidentinnen und dem Vizepräsidenten stellen die verschiedenen Fraktionen je nach Sitzanteilen im Parlament unterschiedlich viele Mitglieder. Diese müssen keineswegs die ältesten Abgeordneten sein, wie der Name vermuten lassen könnte. Es kommt vor allem auf eine möglichst große politische Erfahrung an. Der Ältestenrat unterstützt die Präsidentin bei der Führung der Geschäfte und führt z.B. zwischen den Fraktionen eine Verständigung über den jährlichen Arbeitsplan des Landtags sowie über die Besetzung der Stellen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter herbei. Der Ältestenrat bereitet zudem die Plenarsitzungen vor, indem er sich über deren vorläufige Tagesordnung verständigt.

Aktuelle Stunde

Auf Antrag einer Fraktion findet über ein bestimmt bezeichnetes Thema, das von aktuellem und allgemeinem Interesse ist, eine Aussprache statt. Jeder Fraktion stehen dabei fünf Minuten Redezeit zur Verfügung.

(§ 93 Absatz 1 GO)

Antrag

Mit einem Antrag können Abgeordnete in Fraktionsstärke den Landtag auffordern, etwas Bestimmtes zu beschließen. Das Plenum stimmt dann über diesen Antrag ab; dem kann (muss aber nicht) eine Beratung im zuständigen Ausschuss vorausgehen. So kann die Auffassung des Landtags zu einem politischen Thema festgelegt werden. Ebenso kann die Landesregierung aufgefordert werden, dem Landtag über ein bestimmtes Thema zu berichten, sich zu Sachfragen zu äußern oder einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Änderungsantrag

Zur einmaligen und zweiten Beratung kann jeder Abgeordnete Änderungsanträge stellen. Änderungsanträge zur dritten Beratung können nur von einer Fraktion oder von mindestens zehn Abgeordneten gestellt werden.

(§ 64 Absatz 1 und 2 GO)

Ausschuss

Zur Vorbereitung seiner Beschlüsse setzt der Landtag Ausschüsse ein. In der 5. Wahlperiode gibt es 11 ständige Ausschüsse und derzeit einen Untersuchungsausschuss. Ihre Zuständigkeit entspricht in der Regel der der Landesministerien, Aus-



nahmen sind der Gleichstellungs-, der Europa- und der Petitionsausschuss. Die Ausschüsse tagen in der Regel nicht öffentlich.

Der Ausschuss, an den Gesetzentwürfe oder Anträge aus dem Plenum überwiesen wurden, erarbeitet für den Landtag Beschlussempfehlungen mit einem Entscheidungsvorschlag an das Plenum zur weiteren Behandlung. Er kann zu seiner Entscheidungsfindung mündliche und schriftliche Anhörungen durchführen.

Entschließungsantrag

In Entschließungen wird die Auffassung des Landtags zu politischen Fragen zum Ausdruck gebracht und/oder die Landesregierung zu einem bestimmten Verhalten aufgefordert. Entschließungen sind rechtlich nicht verbindlich, sondern von politischer Bedeutung.

Fraktion

Abgeordnete der gleichen Partei oder einer Liste können sich zu einer Fraktion zusammenschließen, sofern die Anzahl der Fraktionsmitglieder mindestens 5 Prozent der gesetzlichen Mindestzahl der Mitglieder des Landtags entspricht. Ein Mitglied des Landtags kann nur einer Fraktion angehören. Sie sind für die gesamte Parlamentsarbeit wesentlich und bereiten Entscheidungen des Landtages vor.

Gesetzentwurf

Gesetzentwürfe können von einer Fraktion oder von der Landesregierung in das Parlament eingebracht werden. Sie durchlaufen im Landtag in der Regel zwei Beratungen (drei Beratungen bei Gesetzentwürfen auf Änderung der Verfassung). Die erste Lesung dient einer Debatte über die politische Bedeutung des Gesetzesvorhabens und seiner Ziele. Anschließend wird die Vorlage zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. In der zweiten Plenarberatung beschließt der Landtag über die Zustimmung oder Ablehnung eines Gesetzentwurfs.

Kleine Anfrage

Als Kleine Anfrage bezeichnet man eine auf wenige Punkte begrenzte Fragestellung der Abgeordneten an die Landesregierung. Sie ist hauptsächlich ein Instrument der Opposition zur parlamentarischen Kontrolle.

Mündliche Anfrage

In jeder Plenarsitzungswoche findet eine Fragestunde statt, für die jede/r Abgeordnete vorab eine Mündliche Anfrage an die Landesregierung einreichen kann. Diese kann maximal vier konkrete Fragen umfassen und wird von einem Mitglied der Landesregierung mündlich (oder in Ausnahmefällen auch schriftlich) beantwortet.

Quellen: Landtag Thüringen und Parlamentsdeutsch. Lexikon der parlamentarischen Begriffe



1/2012

hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
LANDTAG THÜRINGEN

HALBZEIT

DIE REGIERUNGSBILANZ

CDU und SPD blockieren sich und Thüringen

Bitte wenden.



Die Regierungsparteien blockieren sich und das Land.

Egal ob Umwelt-, Bildungs-, Sozial- oder Wirtschaftspolitik – die schwarz-rote Landesregierung hat in den vergangenen zweieinhalb Jahren Thüringen in keinem Bereich vorangebracht. Jedem „Hü“ folgte mindestens ein „Hott“. Besonders fatal zeigte sich die Konzeptions- und Ratlosigkeit der „kleinen großen Koalition“ in der Energiepolitik. Kaum preschte ein Minister vor, trat der andere auf die Bremse. Energiewende? Ja, nein, vielleicht, weiß nicht... Die Regierungsparteien blockieren sich gegenseitig und wirken nach intensivem Kennenlernen noch immer wie eine WG ohne Putzplan. Einig sind sich die Altforderer lediglich, wenn es darum geht, konstruktive Vorschläge der Opposition abzubügeln. Dann heißt es gern: Daran arbeiten wir schon längst. Die Ideen der Regierung lassen dann aber auf sich warten. Immer wieder stellt sich die Frage, ob sie nicht einfach nur mit dem ganzen Regieren in Ruhe gelassen werden wollen.

Gerade in der Energiepolitik sind die Resultate beschämend. Während die CDU seit ihrem Wandel von der Block- zur „Thüringenpartei“ diesem Thema kaum Bedeutung beimaß, orientiert sich die SPD an Vorstellungen aus dem 19. Jahrhundert. Auch wenn Minister Machnig von Wind- oder Solarenergie spricht, denkt er eigentlich in alten, industriellen Mustern von Konzentration und Masse. Dass Energie vor Ort und dann erzeugt werden kann, wenn sie gebraucht wird, ist ihm fremd. Aufgrund der großen Differenzen zwischen CDU und SPD ist mit zukunftssträchtigen Entscheidungen in dieser Frage nicht zu rechnen.

Doch was in der Energiepolitik gilt, ist auch in anderen Bereichen offensichtlich. Die CDU hängt an dem von ihr geprägten „gegliederten“ Schulsystem, die SPD würde gerne reformieren. Da sich die beiden nicht einig werden, gibt es zur vorhandenen Struktur noch Gemeinschaftsschule und Oberschule dazu. Verwirrung bei Eltern, Lehrkräften und SchülerInnen inklusive. In der Sozial- und Familienpolitik gibt es schöne Sonntagsreden, doch wenn es um Taten geht, herrscht Sendepause. Mindestlohn, Gleichberechtigung, Kinderarmut – Thüringen tritt auf der Stelle. Selbst in der so dringend reformbedürftigen Finanzpolitik fehlt es am Willen. Ein von uns vorgeschlagenes Gespräch zur Schuldenbremse kam bis heute nicht zustande. Wie der Freistaat bis 2020 auf einem soliden Fundament stehen soll, blieb bislang offen.

Anstatt den Freistaat voranzubringen, glänzt die Landesregierung mit medienrächtigen Skandalen, die nie aufgeklärt werden. Ganz vorn dabei: das Innenministerium. Ob Vergabep Praxis, Fehler bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus oder fragwürdiger Umgang mit Akten – die Liste der Fragen wird immer länger, die der Antworten bleibt kurz. Und auch wenn viele Missstände weit in die Zeit der CDU-Alleinregierung zurückreichen, macht sich die SPD durch ihr koalitions-kompatibles Nichtstun mitschuldig.

Thüringen ist ein schönes Land mit großen Potenzialen, eben das „Grüne Herz Deutschlands“. Die Menschen im Freistaat wollen sehen, dass diese Schätze geborgen und in ihrem Sinne genutzt werden. Sie wollen verlässliche Rahmenbedingungen, in denen sie ihre Zukunft gestalten können. Manche brauchen angesichts ihrer Sorgen, Ängste und Nöte Unterstützung und Solidarität, um diesen Weg wieder begehen zu können. In jedem Fall erwarten die Thüringerinnen und Thüringer, dass die Landesregierung die entsprechenden politischen Weichen stellt. Doch Schwarz-Rot tut einfach nichts. Sie nutzt nicht einmal unsere Vorlagen, um Thüringen in Bewegung zu bringen. Das haben die Menschen in diesem Land nicht verdient. Wir brauchen die sozial-ökologische Wende. Und die wird es nur mit uns Grünen geben.

*Anja Siegesmund,
Fraktionsvorsitzende*

Von zwei Seiten betrachten...

...kann man die Halbzeit-Ausgabe unserer Fraktionszeitung „hinterGRÜNde“. Wir wollen die Halbzeitbilanz der Thüringer Regierung kritisch betrachten und unsere grüne Arbeit im Parlament gleich mit.

Nach Fachbereichen gegliedert...

...ziehen wir die Halbzeitbilanz der 5. Legislaturperiode.

INHALT

Haushalt und Finanzen	3
Umwelt und Landwirtschaft.	4
Bildung, Wissenschaft und Kultur	5
Bau, Landesentwicklung und Verkehr	6
Soziales, Arbeit und Gesundheit.	7
Innen und Wirtschaft.	8
Energie	9

Noch mehr Infos gibt es...

...wenn man den Grünlinks (<http://gruenlink.de/7di>) folgt oder die QR-Codes mit einem Smartphone einscannet.



Und im Netz bieten wir unsere Halbzeitbilanz auch in digitaler Form als pdf-Datei an: www.thueringen-hintergruen.de

HAUSHALT UND FINANZEN

Die Einnahmen des Landes werden bis 2019 voraussichtlich um etwa zwei Milliarden Euro sinken. Dann wird neben der bereits jetzt in Thüringen geltenden Verschuldungsregelung in der Landeshaushaltsordnung die Schuldenbremse des Grundgesetzes wirksam, die eine Neuverschuldung der Länder verbietet. Darüber waren sich CDU und SPD bei ihren Verhandlungen im Klaren. Sie haben daher im Koalitionsvertrag formuliert: „Thüringen soll 2019 finanziell auf eigenen Füßen stehen. Daran muss sich die Finanzpolitik des Landes ausrichten. Sie, d. h. die Koalitionspartner, sind sich einig, bis dahin die notwendigen Voraussetzungen zur Einhaltung dieser Grenzen zu schaffen.“ Die Realität sieht allerdings anders aus. Sowohl 2010 als auch 2011 kam die Landesregierung nicht ohne die Aufnahme neuer Schulden aus. Mit 123 Euro pro Einwohner lag die Neuverschuldung 2011 deutlich über der Sachsen-Anhalts mit 71 Euro. Die anderen drei Ostländer schrieben dagegen schwarze Zahlen. Allein auf Grund der guten wirtschaftlichen Lage konnte für 2012 ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden.

Planlos

Ein Konzept für eine nachhaltige Haushaltspolitik ist nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Bereits im Jahr 2005 hatte der Landtag die damals noch allein von der CDU gestellte Landesregierung in einer Entschließung aufgefordert, Maßnahmen zur Umstrukturierung des Haushalts zu prüfen und ggf. umzusetzen (Drs. 4/1524). Ähnliche Vorschläge finden sich in der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD aus dem Jahr 2009. Gleichwohl sahen sich die Koalitionsfraktionen veranlasst, die Landesregierung im Dezember 2011 zur Umsetzung konkreter Maßnahmen aufzufordern (Drs. 5/3798 und 5/3799). Erforderliche strukturelle Änderungen wurden jedoch bisher nicht vorgenommen.

Kommissions(un)wesen

Die Landesregierung verlegt sich vielmehr auf die Einrichtung von Expertenkommissionen. Die Haushaltsstrukturkommission arbeitet seit 2010 eher im Verborgenen an der Untersuchung von zirka 70 Einzelfragen. Auch wenn die Tätigkeit der Kommission demnächst abgeschlossen werden sollte, so sind durchgreifende strukturelle Änderungen nicht zu erwarten. Zu der Erkenntnis, dass nennenswerte Einsparungen im Verwaltungsbereich nur zu erzielen sind, wenn dessen Struktur angepasst wird, ist die Landesregierung zwischenzeitlich auch gelangt. Zu der Haushaltsstrukturkommission trat daher im vergangenen Jahr die mit externen Experten besetzte Stabsstelle

„Funktional- und Gebietsreform“, die unmittelbar der Ministerpräsidentin untersteht. Bisher ist über die Arbeit dieser Stabsstelle noch nichts nach außen gedrungen. Sie wurde allerdings schon mit einem Beamten ausgestattet, der sich bereits bei der Stabsstelle Verwaltungsreform in der vorherigen Legislaturperiode „verdient“ gemacht hat.

Kein Personalkonzept

Diese Planlosigkeit wirkt sich auch auf die Pläne zum Personalabbau aus, denn ohne Konzept für die künftigen Strukturen der Landesverwaltung kann die dringend notwendige Kostenreduzierung durch Verringerung der Personalkosten nicht erreicht werden. Die Koalitionsvereinbarung führt dazu aus:

„Die eingeleiteten Maßnahmen zum Verwaltungs- und Bürokratieabbau werden fortgesetzt und verstärkt. Nur so können die Voraussetzungen geschaffen werden, die Anzahl der Landesbediensteten an die demographische Entwicklung anzupassen und bis 2020 das Verhältnis von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Bevölkerung an das der Flächenländer West anzupassen. Dazu soll das Personalentwicklungskonzept überarbeitet werden.“ Das Ziel einer Anpassung an den Status der Flächenländer West bis 2020 ließe sich ohne Entlassungen aufgrund der Altersstruktur der Mitarbeiter erreichen. Denn bis dahin scheidet mindestens 14.500 Mitarbeiter aus. Das würde allerdings ein ministeriumsübergreifendes Personalentwicklungskonzept erfordern, das bisher nicht vorliegt und wohl auch nicht geplant ist. Die Landesregierung belässt es bei der Verantwortung der einzelnen Minister und will bis 2020 lediglich 7.700 Stellen abbauen. Sie geht daher auch nicht von einer Verringerung der Personalausgaben bis 2020 aus, sondern von einer Steigerung um 400 Millionen Euro auf 3,1 Milliarden Euro.

Die Aufzählung der Planlosigkeiten ließe sich beliebig fortsetzen.



Carsten Meyer



Anja Siegesmund und Carsten Meyer beim Einreichen der Organklage vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof in Weimar

Weiterführende Infos:



→ PM Personalentwicklungskonzept
gruenlink.de/78x



→ PM Haushaltsgebaren von CDU und SPD
gruenlink.de/5ds

UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT



Dr. Frank Augsten

Maßstab für die Beurteilung der Arbeit der Landesregierung ist zunächst die Koalitionsvereinbarung. Dieser sieht man den Zeitdruck an und der informierte Betrachter kann sich des Eindrucks der mangelnden Absprache zwischen CDU und SPD nicht erwehren. Sicher ist eine Koalition immer eine Zweckgemeinschaft – insbesondere eine Große. Aber ist die Thüringer CDU nun auf dem gentechnikkritischen Kurs und für eine deutliche Ausweitung der Naturschutzgebiete? Und ist die SPD ohne Biss bei den geplanten industriellen Intensivtierhaltungsanlagen?

Aus unserer Sicht fällt die Halbzeitbilanz dieser Landesregierung in weiten Teilen doch eher bescheiden aus. Schnell wurden CDU und SPD bei einigen ambitionierten Formulierungen wie „Entwicklungsnationalpark Vessertal“ von den Gegebenheiten vor Ort eingeholt und mussten den Rückzug antreten. Andere Vorhaben wurden inzwischen auf den Weg gebracht und sind so aus



Protest gegen Massentierhaltung vor dem Thüringer Landtag

der Sicht der Landesregierung wohl „abgehakt“ – allein die Umsetzung lässt zu wünschen übrig. So ist die gentechnikfreie Bewirtschaftung der landeseigenen Flächen inzwischen durch einen entsprechenden Beschluss des Landtages vom Juni 2010 gesichert. Aber unsere Forderung nach einem nachhaltigen Schutz der Landesflächen durch eine Ausdehnung der gentechnikfreien Landbewirtschaftung, zum Beispiel in der unmittelbaren Nachbarschaft, stößt bei CDU und SPD auf taube Ohren. Regelmäßig werden unsere entsprechenden Anträge in den Kommunen und Kreistagen von den beiden Parteien abgelehnt.

Naturschutz

Bei wichtigen Vorhaben im Naturschutz herrscht offensichtlich ebenfalls Stillstand. Die Prüfung der Ausweitung des Biosphärenreservates Südharz auf der sachsen-anhaltinischen Seite auf das Territorium Thüringens sollte 2012 abgeschlossen sein – von einem konstruktiven Dialog mit den Bürge-

rinnen und Bürgern vor Ort ist allerdings weit und breit nichts zu vernehmen. Schwierig sind auch die Situationen in der Rhön und im Vessertal – in beiden Biosphärenreservaten muss die Landesregierung einen Zahn zulegen, sollen die Schutzkategorien erhalten bleiben. Deutlich kritisch zu bewerten ist das Vorgehen der Landesregierung bei den immer noch stiefmütterlich behandelten NATURA 2000-Managementplänen und bei der Realisierung der Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Agrarpolitik

Nicht zu erwarten war die Übereinstimmung der Positionen unserer Fraktion und der Landesregierung im Bereich Agrarpolitik. Die Vorstellungen darüber, wie die Agrar- und Ernährungswirtschaft in Thüringen zukunftsfähig aufgestellt werden soll, unterscheiden sich deutlich. Hier haben CDU und SPD offenbar ein Wahrnehmungsproblem – Analyse und Lösung stimmen nicht überein. Beispiel Agrardiesel: Während der Koalitionsvertrag die Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen der deutschen Landwirte bei der Agrardieselbesteuerung fordert, treiben die gleichen Parteien auf Bundesebene mit der Besteuerung von Biokraftstoffen eine ganze, einst hoffnungsvolle, Branche in den Ruin.

Reinholz vs. Machnig

Apropos Energie: Der Dauerstreit zwischen CDU und SPD um die Ausgestaltung der Energiewende im Freistaat ist aus Sicht der Opposition zwar unterhaltsam, aber auf diese Weise bringt man das Land in einem zukunftsträchtigen Markt nicht wirklich voran. Machnig gegen Reinholz, Windkraft gegen Biomasse – für Thüringen steht zu viel auf dem Spiel, um es Eitelkeiten und billigem Populismus zu opfern. Wir brauchen einen produktiven und naturverträglichen Energiemix, der von Einsparung und Effizienzsteigerung flankiert wird.

Kritisch begleiten

Weiterhin ist die erste Halbzeit der Legislatur gekennzeichnet durch eine Reihe von Neugründungen. Die Forstanstalt, die Akademie Ländlicher Raum, die Klimaagentur – mehr oder weniger hoffnungsvolle Initiativen, die wir in den folgenden Jahren kritisch begleiten werden. Ebenso wie die Diskussionsprozesse, die die Landesregierung auf den Weg gebracht hat, darunter die Biodiversitätsstrategie, die Nachhaltigkeitsstrategie und den Entwurf des „Zukunftsatlas Landwirtschaft in Thüringen 2020“. Wir bleiben dran...

Weiterführende Infos:

→ PM Gründung Forstanstalt gruenlink.de/65e



→ PM Biosphärenreservat Rhön gruenlink.de/40z



→ PM Akademie ländlicher Raum gruenlink.de/78r



BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

Gelebte Willkommenskultur sieht anders aus.

Das längst überfällige Umdenken in der Thüringer Flüchtlings- und Asylpolitik – so muss das Fazit leider lauten – ist bisher vollständig ausgeblieben. Die große Koalition hält immer noch an der ausgrenzenden Praxis der kasernenartigen Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften fest, anstatt dezentrale oder mindestens wohnungsähnliche Unterbringung zu fördern. Auch ein Ende der in etlichen Kommunen praktizierten und diskriminierenden Ausgabe von Lebensmittelgutscheinen anstelle von Bargeld ist nicht in Sicht. Die von uns immer wieder geforderte Abschaffung der Residenzpflicht wird von der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen immer wieder stoisch abgelehnt. Allenfalls kosmetische Änderungen wurden in Betracht gezogen, doch eines steht fest: Die menschenwürdige Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Asylbewerberinnen und Asylbewerber besteht weiterhin.

Besonders kritisch sehen wir das Festhalten der Landesregierung an den Abschiebungen von Roma, Ashkali und ÄgypterInnen in das Kosovo, nach Serbien und Albanien. Verschiedene Berichte, aber auch die Reise des Innenausschusses haben belegt, dass insbesondere den Kindern zahlreiche Rechte vorenthalten werden.

Die Lebensbedingungen in Serbien wie im Kosovo – gerade für Roma und Ashkali sowie Ägypter, die oftmals seit Jahren in Deutschland leben und teilweise sogar hier geboren sind – sind extrem schlecht, so dass Abschiebungen im Winter regelrecht ins kalte Elend führen.

Wir fordern, dass diese unmenschliche Praxis ein Ende haben muss und werden uns hierfür stark machen. Insbesondere die SPD-Fraktion muss ihr Verhältnis gegenüber einer menschlichen Flüchtlingspolitik klären. Bisher wurde der Koalitionsfrieden mit der CDU zum Nachteil der betroffenen Menschen immer wieder vorgezogen.

Erwachsenenbildung kaputt gespart?

Die größtmögliche Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Landesregierung zeigt sich bei der Erwachsenenbildung. Anstatt diese zur vierten Säule des Bildungssystems auszubauen, kürzte die Regierung 2010 kräftig bei den Landeszuschüssen. Das Erwachsenenbildungsgesetz, das 2010 novelliert wurde, ist im Schnellverfahren durchs Parlament gepeitscht worden. Dass sich viele Erwachsenenbildungseinrichtungen daher

wie das fünfte Rad am Wagen vorkommen, verwundert daher nicht. Wir befürchten, dass durch die Sparpolitik der Landesregierung die Gestaltungsmöglichkeiten der Erwachsenenbildung weiter eingeeignet und sich die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Beschäftigten weiter verschlechtern werden.

Hochschulen unter Spardruck

Mit dem Ziehen der so genannten Notfallklausel wurden mit dem Haushalt 2011 Kürzungen bei den Hochschulen in Höhe von zirka 40 Millionen Euro vorgenommen. Die Folge war, dass vor allem die Angestellten die Leidtragenden der Sparpolitik



der Landesregierung sind. Die ohnehin schwierigen Arbeitsverhältnisse für viele Beschäftigte haben sich in der Folge weiter verschlechtert – das sogenannte „Wissenschaftsprekariat“ hat weiter zugenommen. Eine transparente, zuverlässige und vor allem ausreichende Hochschulfinanzierung ist weiterhin nicht in Sicht. Zwar gibt es nun eine neue Rahmenvereinbarung über die Hochschulfinanzierung bis 2016, doch das Personalabbaukonzept der Landesregierung spricht eine klare Sprache: 240 Stellen weniger bis 2020. Außerdem steigen die Kosten kontinuierlich, insbesondere die Personal-, Sach- und Energiekosten, so dass von einer soliden Ausfinanzierung der Hochschulen keine Rede sein kann. Wir fordern stattdessen verlässliche Rahmenbedingungen für die Hochschulentwicklung. Dazu gehört eben auch eine Hochschulentwicklungsplanung – die Bildungsminister Matschie mit Verweis auf Autonomie der Hochschulen trotz Gesetzesvorgaben verweigert.



Astrid Rothe-Beinlich

Die Demonstration gegen die Kürzungen im Hochschulbereich zieht vor den Thüringer Landtag

Weiterführende Infos:



→ Rede Erwachsenenbildungsgesetz
gruenlink.de/78y



→ PM Finanzierung der Hochschulen
gruenlink.de/70y



→ PM Winterabschiebestopp
gruenlink.de/62o

BAU, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR

Von einem guten Wein erhofft man sich ein sanftes Entree, eine kräftige Hauptnote und einen starken Abgang. Doch schon zur Halbzeit schmeckt das Thüringer Regierungs-Cuvée wohl nicht nur für Polit-Sommelière gepanscht.

Mut- und kreativlos

Schon die Ministerienaufteilung war schlecht. Statt, wie für ein Land unserer Größe angemessen, die Infrastrukturpolitik ins Wirtschaftsministerium einzugliedern, bekam ein junger Nachwuchspolitiker der CDU, Christian Carius, von der Ministerpräsidentin den Auftrag, dem bedrohlichen Aktionismus des SPD-Bundesimportes Matthias Machnig, etwas entgegenzusetzen. Und der zusätzliche Aufbau einer Abteilung für strategische Landesentwicklung duftet noch immer nach edler Karriereröstung der dunkelsten Art und bleibt bis heute den Nachweis eines Nutzens für das Land schuldig.

Wenn, dann gehört eine solche Abteilung eher in die Staatskanzlei oder das Innenministerium. Auch das Arbeitsergebnis des Ministers für Bau, Landesentwicklung und Verkehr zur Halbzeit der Legislaturperiode ist ernüchternd. Mutige Projekte fehlten von Anfang an. Doch selbst zentrale Projekte des Koalitionsvertrags zwischen CDU und SPD sind noch nicht umgesetzt und liegen brach. Die wissenschaftlich ambitionierte Staatssekretärin, Marion Eich-Born, war bereits nach gut zwei Jahren zwischen den Mühlsteinen der Ministerialbürokratie aufgerieben und musste durch eine verwaltungserfahrenere Regionalpolitikerin ersetzt werden.

Fördern statt Fordern...

Die schwarz-rote Regierung hatte ja in ihrem Koalitionsvertrag mutige Schritte zur Energiewende angekündigt. Statt zu agieren verlor sie sich dann aber, etwa in der Debatte um die Gebäudesanierung, in Ankündigungen und machte diese genau wie die Bundesregierung zum Spielball der Kassen- und Stimmungslage. Der Bauminister verstieg sich sogar dazu, die Hauseigentümer nur „fördern statt fordern“ zu wollen. Doch nicht nur sozialer Leistungsempfang, auch Eigentum verpflichtet zu Anstrengungen im Sinne der Gesellschaft. Die für 2019 geplante Internationale Bauausstellung entwickelte sich schon bei der Besetzung der GeschäftsführerInnen zur Farce. Statt wie angekündigt ordentlich per Ausschreibung besetzt, wurden beide Posten zur Versorgung der ehemaligen Baustaatssekretärin (CDU) und eines LEG-Geschäftsführers (SPD) missbraucht. Die Fachwelt ist entsetzt und droht mit Boykott.

(Im-)Mobilitätspolitik

Fragen einer neuen Mobilitätspolitik für Thüringen wurden schon gar nicht gestellt. Der Wunsch, jede und jeder möge doch ein Auto besitzen und stets benutzen können, steckt noch immer tief im Herzen der Koalitionäre. Alles andere wird als Politik für Randgruppen behandelt: notwendig aber unsexy. Das führt zu Stilblüten, wie der Annahme, dass RentnerInnen mehr Auto fahren würden, als während ihres Arbeitslebens – so zu finden in den Prognosen des Ministeriums für die zukünftige Verkehrsentwicklung. Und wehe die Grünen versuchten, die Subventionstöpfe der Automobilindustrie ein Deut umweltfreundlicher zu machen, etwa bei der Dienstwagenbesteuerung. Dann wurde, ohne sich die Vorschläge auch nur genauer anzusehen, Zeter und Mordio gerufen und das Ende des Industriestandortes Thüringen heraufbeschworen.

Carius – der Blockierer

In der Landesentwicklung betätigt sich Minister Carius gar als Blockierer. Die Ausweisung von Windkraftstandorten wird, wo immer es geht, verhindert. Hier arbeitet er bestens mit seinem Parteikollegen und Landwirtschaftsminister, Jürgen Reinholz, zusammen. Die Demografie ist politisch verwaist, Abteilungsleiter und Beauftragte sind unsichtbar und trotz Ankündigungen und Kommissionen fehlt bislang jegliche konsistente Handlungsstrategie, die Schrumpfung akzeptiert und deren Chancen nutzt. Stattdessen will man schnellstmöglich wieder Bevölkerungswachstum erreichen – koste es unglaubliche Annahmen so viel es wolle. Doch die Füllhörner versiegen und jeden Euro können wir nur einmal ausgeben. Diese Erkenntnis ist in der Landesregierung leider noch nicht überall angekommen. Deshalb ist auch nicht zu erwarten, dass die zweite Hälfte der Legislatur geschmacklich zu einem Höhepunkt wird. Wollen wir hoffen, dass die Landesregierung wenigstens nicht der Versuchung erliegt, mit dem süßem Gift falscher Hoffnungen und nicht haltbarer Versprechungen einen kräftigen Abgang vorzutauschen, wie dies Vorgängerregierungen leider allzu oft getan haben.



Jennifer Schubert



Taktlos – Verfehlte Verkehrspolitik in Thüringen

Weiterführende Infos:

→ PM Internationale Bauausstellung (IBA)
gruenlink.de/6tg



→ PM Gebäude-sanierung
gruenlink.de/6ir



→ Antrag zur Dienst-wagenbesteuerung
gruenlink.de/78z



SOZIALES, ARBEIT UND GESUNDHEIT

Welch geringen Stellenwert Schwarz-Rot einer gelingenden Sozialpolitik beimisst, sieht man an der „kleinen Haushaltssperre“ für freiwillige Leistungen zu Beginn des Jahres 2012. Frauenhäuser, Kultureinrichtungen oder Kindernotdienste stehen wegen Schwarz-Rot auf der Kippe.

Familien erwünscht?

Die Thüringer Familienpolitik leistet unter Schwarz-Rot keinen Beitrag für eine nachhaltige Familienhilfe und bietet keine ermutigenden Ansätze, um individuell soziale Mobilität zu fördern. Stattdessen hat die Landesregierung der Stiftung FamilienSinn die übertragenen hoheitlichen Aufgaben nach langem Gezerre entzogen, die Stiftung aber trotz nachweislicher Unwirtschaftlichkeit bestehen lassen. Auch das Thüringer Erziehungsgeld wird weiterhin bis zu 30 Millionen Euro im Jahr ohne jeden Nutzen verschwendet. Das familienfreundlichste Bundesland Deutschlands zu werden und auf Bundesebene für eine moderne Familienpolitik zu werben, bleibt für uns als Oppositionskraft ganz oben auf der To-Do-Liste.

Kinder und Jugend

Kinderarmut ist viel zu oft Familienarmut. Die Landesregierung hat erkannt, dass benachteiligte Väter und Mütter nur schwer auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Mit der „Thüringer Initiative zur Integration und Armutsbekämpfung – Nachhaltigkeit“ (TIZIAN) hat sie leider eine gute Idee zu einem Feigenblatt verkommen lassen. Die Umsetzung der Idee halten wir für ungenügend. Ein solches Arbeitsmarktprogramm muss langfristig angelegt sein, begleitend evaluiert und mit den Trägern vor Ort gemeinsam optimiert werden. Der geplante Sozialfonds des Landes für kostenfreie und gesunde Verpflegung in Kindergarten und Schule für bedürftige Kinder existiert weiterhin nur im Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot. Das Landesprogramm zur Förderung des Kinderschutzes beziehungsweise die Fortschreibung des Maßnahmenkatalogs zur Fortentwicklung des Kinderschutzes in Thüringen war für 2011 angekündigt. Wir haben in unseren Haushaltsentwürfen das Geld dafür bereitgestellt.

Apropos Jugendförderung: Die so genannte Jugendpauschale zur Unterstützung der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit auf kommunaler Ebene sollte auf 15 Millionen Euro steigen. Tatsächlich stagniert sie seit Regierungsantritt bei elf Millionen. Inflations- und Lohnsteigerungen fressen derweil die Mittel für Jugendliche auf. Die Finanzierung für Schulsozial-

arbeiterInnen haben wir nun in Thüringen. Allerdings nicht wegen Schwarz-Rot in Erfurt, sondern wegen der Beharrlichkeit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD im Vermittlungsausschuss des Bundes bei der Reform der Grundsicherung Anfang 2011. Im Paket waren auch Mittel für Schulsozialarbeit festgeschrieben worden. Der Thüringer Haushaltstitel steht weiterhin bei null Euro.

Gesundheit

Delivered hat die Landesregierung noch nicht bei der versprochenen Stärkung der Öffentlichen Gesundheitsdienste. Freie Stellen in den Gesundheitsämtern bleiben viel zu lange unbesetzt. Die für die Versorgung unentbehrlichen Pflegestützpunkte finden sich auch weiterhin nur in Jena und Nordhausen. Ihre Energie und finanziellen Ressourcen steckt die Landesregierung dagegen in die Schaffung eines Beauftragten für das Zusammenleben der Generationen. Dabei ist der Bedarf im Pflegebereich enorm.



Anja Siegesmund unterstützt eine Demonstration des Blinden- und Sehbehindertenverbandes vor dem Thüringer Landtag

Ärztmangel

Die Antwort der Landesregierung auf den drohenden Ärztemangel im ländlichen Raum stellt die gegründete „Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung im Freistaat Thüringen“ dar. Einen drohenden Versorgungsmangel wird sie allerdings nicht aufhalten können. Die integrierte Versorgung in Thüringen muss mit Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sowohl in der Anzahl als auch Integration verschiedener fachärztlicher Richtungen ausgebaut werden. Gleichzeitig muss der ÄrztInnenberuf in Thüringen in den Krankenhäusern und Praxen familienfreundlicher werden. Auch muss die Landesregierung erkennen, dass es bei der medizinischen Versorgung der Zukunft nicht nur um die Aufrechterhaltung bestehender Versorgungsformen, sondern um die Notwendigkeit neuer Versorgungsformen auf Grund neuer Krankheitsbilder geht.



Anja Siegesmund

Weiterführende Infos:



→ PM Stiftung
Familiensinn
gruenlink.de/78u



→ PM Pflegeversorgung
gruenlink.de/5e8



→ PM Fachgespräch
Erziehungsgeld
gruenlink.de/4h6

INNEN UND WIRTSCHAFT



Dirk Adams

Die schwarz-rote Landesregierung ist: Die Reduktion auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Fortschritt ist so nicht entwickelbar. Während Wirtschaftsminister Machnig (SPD) noch als Provokateur der CDU-Ministerriege von sich Reden macht, wurde der ehemalige Staatssekretär Geibert (CDU) nach langem Suchen dann doch noch Nachrücker als Innenminister für den anerkannten Prof. Peter M. Huber. Wie die Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners der Entwicklung Thüringens im Wege steht, sieht man beispielsweise auch beim Gesetz „Zum Schutz vor Tiergefahren“. Ein Jahr Debatte ohne Nutzen für die Sicherheit und im Gegenteil massenhaft berechtigtes Protestieren der Tierschützer. Auch wird der Aktionismus des Wirtschafts- und Energieministers Machnig die Energiewende nicht voranbringen, da er neben den Erneuerbaren schlicht die Energieeinsparung und -effizienz als gleichbedeutende Säulen übersieht.

Polizei weiterhin ohne Reform

Die Koalition hatte eine Reform der Thüringer Polizeistruktur vereinbart. Mit der Neufassung des Polizeiorganisationsgesetzes wollte man diese Forderung aus dem Koalitionsvertrag umsetzen. Die von Minister Huber (a.D.) eingebrachte Gesetzesnovelle wurde in der Koalition fast ein Jahr erfolglos bearbeitet, bevor der heutige Innenminister Geibert sie durch das Parlament bringen konnte. Übrig geblieben ist ein einfaches Umschrauben der Türschilder. Aus den ehemals sieben Polizeidirektionen in Suhl, Jena, Nordhausen, Gera, Saalfeld, Gotha und Erfurt sind nun sieben Landespolizeiinspektionen an genau diesen Standorten geworden. Das einzig Neue ist vielleicht die Landespolizeidirektion, die das zentralistische Denkmodell verrät. Aber schon vor der letzten Polizeiorganisationsreform gab es ein Polizeiverwaltungsamt, welches in etwa diese Aufgaben erfüllte. Wir Grüne halten die Verweigerung auf die im Raum stehende Frage zur zukünftigen Polizeiarbeit für problematisch. Der demografische Wandel erfordert eine Antwort auch auf diese Frage! So ist das von der Landesregierung präsentierte Personalentwicklungskonzept nichts weiter als die Beschreibung des derzeitigen Zustandes, der mit einem jährlichen Zufluss von etwa 150 Stellen gehalten werden kann. Dies wird aber nach dem Ende dieser Legislaturperiode nicht mehr ausreichend sein. Wie es dann weitergehen kann, darüber schweigt sich die Landesregierung bisher aus.

1000-Dächer-Programm

Die Koalition hatte beschlossen, die Erneuerbaren Energien und besonders ihren Einsatz in Thüringen zu fördern. Eine Forderung aus dem Koalitionsvertrag, der wir Grüne nicht nur im Grundsatz zustimmen. Aber die Umsetzung durch Minister Machnig erfüllt diese Forderung nicht. Solaranlagen rechnen sich immer, wenn der Ertrag vernünftig berechnet ist und die Anlage störungsfrei arbeiten kann. Der Grund dafür ist das EEG, welches von Rot-Grün geschaffen wurde. Minister Machnig installierte das Förderprogramm dennoch und ohne hinreichende Debatte mit den Fachverbänden und Firmen der Solarbranche. Entsprechend eindimensional ist seine Wirkung. Wichtig wäre gewesen, die architektonische Integration zu fördern. Zum Beispiel gibt es selbst im Neubau bei der Fassadenintegration von Solaranlagen noch zu wenig Erfahrung oder die Integration in historische Ensembles scheitert an zu wenigen guten Beispielen und Konzepten. Dem Programm fehlt es an innovativen Elementen, die aber dringend benötigt werden. Beim Einsatz von zwei Millionen Euro muss der zu erwartende Gewinn nachhaltiger sein.

Verschleppte Struktur- und Gebietsreform

Der Stillstand der Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners zeigt sich dramatisch in der Debatte um die Struktur- und Gebietsreform. In Thüringen wissen wir seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts, dass wir eine Neugliederung dringend angehen müssen. Die Nachbarländer Sachsen und Sachsen-Anhalt haben diesen Prozess bereits abgeschlossen. In Thüringen hat er noch nicht einmal begonnen. Nachdem die Zuständigkeit dreimal wechselte, ist schon jetzt klar, dass es in dieser Legislaturperiode keine Entscheidung mehr geben wird, die Thüringen voran bringt.

Weiterführende Infos:



→ PM Polizeireform
gruenlink.de/78t



→ PM Struktur- und
Gebietsreform
gruenlink.de/793

ENERGIE

Mit ihrem Koalitionsvertrag hatte sich die Landesregierung aus CDU und SPD vergleichsweise hohe Ziele für Energie und Klimaschutz gesetzt. Den unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Fukushima beschlossenen Ausstieg Deutschlands aus der Atomenergie hat auch die Thüringer Landesregierung als „Wendepunkt“ für sich inszeniert. Mit einer Regierungserklärung und einem Bericht der Landesregierung wurden die bereits bestehenden oder geplanten Initiativen erneut öffentlichkeitswirksam verpackt. Der bisher vordere Platz bei der Nutzung der erneuerbaren Energien soll nicht nur erhalten bleiben, sondern zukünftig durch eine stärkere Nutzung anderer erneuerbarer Energien jenseits der Biomasse weiter ausgebaut werden. Fraglich bleibt aber, ob alleine damit die Energiewende in Thüringen gelingen kann, denn bisher fehlen verbindliche Einsparpläne im Ansatz der Landesregierung. Wir sind uns sicher, dass nur derjenige die Herausforderungen der Energiewende meistert, der Einsparen, Effizienz und Erneuerbare zusammenbringt.

Fortschritt nur mit Einsparung und Effizienz

Das notwendige 100-Prozent-Ziel ist dann erreichbar, wenn Verkehr, Gebäudeheizung und Industrie durch Erneuerbare Energien versorgt werden, was ohne erhebliche Energieeinsparungen nicht realistisch ist. Trotz erhöhter Aktivität bleibt Thüringen auch unter „Energie-Minister“ Machnig bei der Nutzung von Wind und Sonne auf einem hinteren Platz und hat bei der Energieeinsparung und Effizienz noch keine echten Ansätze realisiert. Das 1000-Dächer-Programm kann nur marginale Erfolge verzeichnen und weder bei Sanierungsraten im Gebäudebestand noch bei verbindlichen Vorgaben zum Einsatz erneuerbarer Energien bei der Heizungserneuerung können sich die Koalitionspartner einigen. Ein trauriger Höhepunkt ist die Verschiebung wichtiger Ziele wie der Verpflichtung zum Niedrig-Energie-Standard für Landesgebäude. Diese werden nach diesem Energiestandard so voraussichtlich erst ab 2014 entstehen – nach dem Ende der derzeitigen Legislaturperiode. Ebenso lehnten die schwarz-rot tragenden Fraktionen das grüne Gebäudeenergie-Rahmengesetz ab, das sich genau diesen Defiziten zuwandte. Das grüne Gesetz sollte die Möglichkeiten des eigenständigen Handelns des Freistaates nutzen und verbindliche Klimaschutzziele für den Gebäudebestand in Thüringen festlegen. Dieser bisher umfassendste Vorschlag zur Begrenzung des Klimawandels wurde mit dem Verweis auf eine eigene bessere Vorlage der Landesregierung kurzerhand abgebügelt. Diese schwarz-rote Ankündigung liegt nun über ein Jahr

zurück und scheint in der Koalitionsmühle endgültig zermahlen worden zu sein. Auf diese Weise hat die schwarz-rote Landesregierung wichtige Zeit im Kampf gegen den Klimawandel leichtfertig verspielt.

Erneuerbare Energien

Positiv können sicherlich die vom SPD-geführten Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie angeschobenen Projekte wie der Potenzialatlas und die Bündelung der Aktivitäten in der Thüringer Energieagentur gewertet werden. Doch eine Studie allein schafft keinen verlässlichen Rahmen für Investitionen. Nur durch verbindliche Bekenntnisse zu den formulierten Zielstellungen kann Vertrauen geschaffen werden. Wie brüchig die Regierungszusammenarbeit ist, zeigen die von den CDU-geführten Ministerien immer wieder unternommenen Versuche, die notwendigen Veränderungen zu verzögern oder gar zu blockieren. So macht der Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz, Jürgen Reinholz, seine Zweifel zur Sinnhaftigkeit der Photovoltaiknutzung in Thüringen immer wieder öffentlich. Insbesondere die Windkraft wurde zum modernen Kreuzzugsthema und vereint Bau- und Umweltministerium in einer gemeinsamen Abwehrschlacht. Während Höhenbegrenzungen in den neuen Regionalplänen ein effektives Re-powering unterbinden, verhindern die großflächigen Thüringer Naturparke per Verordnung den Bau von Windkraftanlagen. Der notwendige Ausbau der Windenergie ist so trotz SPD-Regierungsbeteiligung deutlich unter die Räder gekommen.

Rückkauf von Energienetzen

Einen besonderen Paukenschlag ließ der Koalitionsvertrag beim Thema der Energienetze erwarten. Die Landesregierung wollte den Rückkauf von Energienetzen durch die Stadtwerke erleichtern und gleichzeitig den Beteiligungsanteil von Vorlieferanten wie der E.ON Thüringer Energie AG auf unter 25 Prozent begrenzen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lässt sich allerdings nur das Scheitern des federführenden Wirtschaftsministeriums feststellen. Abschließend lässt sich feststellen, dass die Weiterentwicklung des landesrechtlichen Rahmens auch weiterhin konturlos bleibt und die Schaffung rechtlicher Verpflichtungen wo immer möglich vermieden wird. Besonders bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Erschließung von Energieeinsparpotenzialen bleibt die Landesregierung weiter zögerlich. Auf diese Art und Weise wird in Thüringen auf energiepolitischer Ebene auch weiterhin kein großer Staat zu machen sein.



Mahnwache für die Opfer von Fukushima – Wir brauchen die Energiewende.



Vom Wendland nach Thüringen – Anti-Castor Demo in Erfurt

Weiterführende Infos:



→ PM Gründung der Klimaagentur
gruenlink.de/78q



→ PM 1000-Dächer-Programm
gruenlink.de/6zm



→ PM Verhinderungspolitik der CDU in Sachen Windenergie
gruenlink.de/3pl

DIE GRÜNE FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG



Anja Siegesmund

Tel.: 0361/3772660
E-Mail: anja.siegesmund@
gruene-fraktion.thueringen.de

Wahlkreisbüro in Altenburg
Weibermarkt 12, 04600 Altenburg
Tel.: 03447/515792, Fax: 515793

Wahlkreisbüro in Jena
Schillergäßchen 5, 07745 Jena
Tel.: 03641/355641, Fax: 544192

Wahlkreisbüro in Pößneck
Obere Grabenstraße 30, 07381 Pößneck
Postanschrift: Postfach 1129, 07371 Pößneck
Telefon: 03647/4595776, Fax: 4599289



Astrid Rothe-Beinlich

Tel.: 0361/3772663
E-Mail: astrid.rothe-beinlich@gruene.de

Wahlkreisbüro in Erfurt
Lutherstr. 5, 99084 Erfurt
Tel.: 0361/5765054, Fax: 5765055

Wahlkreisbüro in Gera
Heinrichstr. 50, 07545 Gera
Tel.: 0365/5514665



Dr. Frank Augsten

Tel.: 0361/3772674
E-Mail: frank.augsten@
gruene-fraktion.thueringen.de

Wahlkreisbüro in Apolda
Teichgasse 9, 99510 Apolda
Tel.: 03644/5148943, Fax: 5148944

Wahlkreisbüro in Saalfeld
Saalestr. 36, 07318 Saalfeld/Saale
Tel.: 0177/5223685

Wahlkreisbüro in Pößneck
Obere Grabenstraße 30, 07381 Pößneck
Postanschrift: Postfach 1129, 07371 Pößneck
Telefon: 03647/4595776, Fax: 4599289



Jennifer Schubert

Tel.: 0361/3772672
E-Mail: jennifer.schubert@
gruene-fraktion.thueringen.de

Wahlkreisbüro in Jena
Schillergäßchen 5, 07745 Jena
Tel.: 03641/355640, Fax: 544192

Wahlkreisbüro in Meiningen
Burggasse 3, 98617 Meiningen
Tel.: 0176/24697810



Carsten Meyer

Tel.: 0361/3772675
E-Mail: carsten.meyer@
gruene-fraktion.thueringen.de

Wahlkreisbüro in Eisenach
Karlstr. 5, 99817 Eisenach
Tel.: 03691/6590070, Fax: 6575997

Wahlkreisbüro in Weimar
Burgplatz 5, 99423 Weimar
Tel.: 03643/494399, Fax: 493689



Dirk Adams

Tel.: 0361/3772673
E-Mail: dirk.adams@
gruene-fraktion.thueringen.de

Wahlkreisbüro in Nordhausen
Altendorf 1, 99734 Nordhausen
Tel.: 03631/687341, Fax: 6873440

Mehr Infos unter: www.gruene-fraktion.thueringen.de



Ich möchte Informationen der Fraktion bestellen:

Regelmäßig erscheinende Informationen:

- Alle Infos
- Newsletter InfoGRÜN (erscheint immer nach dem Plenum)
- Newsletter Verkehr (erscheint 4x im Jahr)
- Newsletter Gentechnik (erscheint 4x im Jahr)
- Fraktionszeitung hinterGRÜNde (erscheint 3x im Jahr)
- Veranstaltungen der Fraktion
- Presseinformationen

Bitte per Post oder per E-Mail an folgende Adresse senden:

.....
.....
.....

Außerdem sind folgende Publikationen erhältlich:

- Faltblatt: Grüner leben – das Klima schützen
- Faltblatt: Grüner leben – Du bist, was du isst!
- Faltblatt: Grüner leben – Photovoltaik-Anlagen nutzen
- Faltblatt: Grüner leben – für längeres gemeinsames Lernen
- Faltblatt: Thüringentakt – Vom ICE zum Bürgerbus
- Faltblatt: Grüner leben – Gesundheit fördern
- Faltblatt: Thüringer Medienlandschaft
- Broschüre: Thüringer Stadtwerke
- Broschüre: Wählen mit 16
- Radwanderkarte: Grüner leben mit dem Thüringentakt
- Dokumentation: Klimakonferenz 2010 – Frischer Wind für Thüringen
- Dokumentation: Klimakonferenz 2011 – Wer A sagt, muss auch E sagen
- Dokumentation: Alternativer Hochschulgipfel 2010

DIE MITARBEITERINNEN DER FRAKTION



Heike Thorwarth

Fraktionsgeschäftsführerin

Geschäftsstelle

Tel.: 0361/3772669

E-Mail: heike.thorwarth@gruene-fraktion.thueringen.de



Beate Blumenstein

Referentin der Fraktionsvorsitzenden

Geschäftsstelle

Tel.: 0361/3772660

E-Mail: beate.blumenstein@gruene-fraktion.thueringen.de



Sandra Reda

Referentin der Parlamentarischen

Geschäftsführung sowie für Europaangelegenheiten

Geschäftsstelle

Tel.: 0361/3772679

E-Mail: sandra.reda@gruene-fraktion.thueringen.de



Mario Amling

Referent für Umweltschutz, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, Gentechnik und Gleichstellung

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772678

E-Mail: mario.amling@gruene-fraktion.thueringen.de



Antje Eismann

Referentin für Innenpolitik, Wirtschaft und Technologie

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772689

E-Mail: antje.eismann@gruene-fraktion.thueringen.de



Jan Lemanski

Referent für Soziales, Arbeit, Familie und Grundsatzfragen

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772680

E-Mail: jan.lemanski@gruene-fraktion.thueringen.de



Matthias Schlegel

Referent für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Petitionen

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772691

E-Mail: matthias.schlegel@gruene-fraktion.thueringen.de



Kathrin Schmidt

Referentin für Soziales, Gesundheit und Sport

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772693

E-Mail: kathrin.schmidt@gruene-fraktion.thueringen.de



Ines Birkmann

Referentin der Fraktion

Geschäftsstelle

Tel.: 0361/3772670

E-Mail: ines.birkmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Oliver Will

Pressesprecher

Pressestelle

Tel.: 0361/3772666

E-Mail: oliver.will@gruene-fraktion.thueringen.de



Theresa Junge

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/ stellvertretende Pressesprecherin

Pressestelle

Tel.: 0361/3772667

E-Mail: theresa.junge@gruene-fraktion.thueringen.de



Jörg Schwabe

Referent für Veranstaltungskoordination

Pressestelle

Tel.: 0361/3772690

E-Mail: joerg.schwabe@gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Darr

Referent für Energie und Klima

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772692

E-Mail: christian.darr@gruene-fraktion.thueringen.de



Tino Gaßmann

Referent für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772683

E-Mail: tino.gassmann@gruene-fraktion.thueringen.de



Antje Niebur

Referentin für Haushalt und Finanzen, Medien sowie Bundes- und Justizangelegenheiten

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772676

E-Mail: antje.niebur@gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Demmelmeier

Referent für die Begleitung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Parlamentarische Beratung

Tel.: 0361/3772681

E-Mail: christian.demmelmeier@gruene-fraktion.thueringen.de

Mehr Infos unter: www.gruene-fraktion.thueringen.de



RAUM FÜR IDEEN – Lob, Anregungen, Kritik:

Form area for feedback, consisting of a large green box with a dotted border and horizontal lines for writing.

Bitte hier
Briefmarke
hinkleben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt